

#ZeroCovid - Stop the Curve!

Internationale Resolution von Revolution

Seitdem

die Pandemie ausgebrochen ist und eine allgemeine Krise sich abzeichnet, sind die linken Massenorganisationen und auch große Teile der radikalen Linken in einen Winterschlaf gefallen, aus dem auch der Lärm von alles andere als schläfrigen Schwurbler_innen sie nicht aufwecken konnte. Jetzt kommt eine Initiative von links, die es wagt der Gesundheit zuliebe einen Finger an die Profite zu rühren und innerhalb weniger Tage 80,000 Unterschriften zustande bringt. Kein Wunder, dass das deutsche Kapital am Rad dreht, wie stets im Duett mit Gewerkschaftsführungen und bürgerlicher Presse. Aber auch innerhalb von Teilen der radikalen Linken hat die Kampagne keinen guten Ruf, ihr Ziel sei unrealistisch und dann wolle sie zu dessen Umsetzung auch noch einen Polizeistaat installieren! Ist die Kampagne also überhaupt links? Sind das vielleicht alles Faschisten? Und wenn nicht, wie sollten sich junge Revolutionär_innen zu ihr verhalten? Was hat sie überhaupt für die Jugend zu bedeuten, wie steht sie zu den Schulen? Und wie könnte sie vielleicht sogar zum Sieg führen? Den drängendsten Fragen wollen wir uns hier kurz annehmen.

Nochmal kurz Corona-Recap:

Also

Corona, das war ja diese Krankheit, die einen irgendwie umbringt, wenn man z.B. Vorerkrankungen hat oder alt ist und dazu keinen ausreichenden Zugang zu gesundheitlicher Versorgung bekommt. Weil die Sterblichkeitsrate so in die Höhe geht, wenn das Gesundheitssystem überlastet ist, ist die Pandemie nicht nur für uns Jugendliche und die Arbeiter_innenklasse so eine Katastrophe, auch die Bourgeoisie und die Regierungen haben ein Problem, wenn größere Teile der Bevölkerung wegsterben. Der Ansatz von stumpfer „Herdenimmunität“,

der von Arschlöchern wie Trump oder Bolsonaro noch verfolgt wurde und in beiden Ländern zu katastrophalen Zuständen geführt hat, ist also im Allgemeinen für niemanden eine richtige Option. Die Politik, die wir in Europa seit langem erleben, folgt daher dem Konzept „flatten the curve“, d.h. durch halbherzige Maßnahmen wird das Virus zwar nicht komplett eingedämmt, aber die Ausbreitung wird auf ein lineares Wachstum verlangsamt, indem man die Reproduktionszahl auf 1 oder knapp unter 1 bringt und damit auch knapp unter der Kapazitätsgrenze des Gesundheitssystems verbleibt, man will sich also irgendwie durchmauscheln bis durch Impfung und Genesene die Bevölkerung hinreichend immunisiert ist. Der Twist fürs Kapital dabei ist, dass die Maßnahmen, die dabei getroffen werden, hauptsächlich auf die persönlichen Freiheiten und Rechte der Menschen abzielen (private Kontaktbeschränkungen, Schließung von Kultur- und sozialen Einrichtungen, ...), jedoch die Produktion und damit die Profite der großen Konzerne und Industrien weitgehend unangetastet bleiben. Darin liegt aber auch ein Problem, weil die kapitalistischen Regierungen in diesem ständigen Ringen über den Grad der Maßnahmen niemals vollständige Kontrolle über das Virus erlangen, wir sehen es aktuell sehr deutlich in der Debatte um die Wiederöffnung der Schulen, eine Schwierigkeit die durch Faktoren wie hoch infektiöse Virusmutationen natürlich weiter verschlimmert wird. Und hier kommt nun ZeroCovid ins Spiel, eine Kampagne, die ursprünglich zurückgeht auf eine Proposition einer Gruppe von Wissenschaftler_innen aus „The Lancet“ (das ist so ein kanonisches Medizinjournal aus Großbritannien).

Was will ZeroCovid?

Die hauptsächliche Message von ZC ist, dass die Infektionszahl, auf nahezu 0 (zero) heruntergebracht werden muss, um die Pandemie in den Griff zu bekommen, also eher ein „stop the curve“-Ansatz. ZC sagt nun, wie auch viele andere vernünftige Menschen, die nicht gerade

einen Regierungsposten belegen, dass ein „Feierabendlockdown“, bei dem die meisten acht Stunden ihres Tages zubringen wie eh und je, dafür niemals ausreichen kann, und dass aus diesem Grunde auch für einen kurzen Zeitraum die nicht-essentiellen Teile der Wirtschaft geschlossen werden müssen.

Der

Lockdown soll darüberhinaus ein „solidarischer Lockdown“ sein, in dem Sinne, dass ein Rettungspaket gefordert wird, nicht für Banken und Konzerne, sondern für „die Menschen, die von den Auswirkungen des Shutdowns besonders hart betroffen sind [...] wie Menschen mit niedrigen Einkommen, in beengten Wohnverhältnissen, in einem gewalttätigen Umfeld, Obdachlose“. Ebenso soll massiv in den Gesundheits- und Pflegebereich investiert werden und es wird gefordert, dass die Impfstoffe „ein globales Gemeingut“ und der „privaten Profiterzielung entzogen“ werden sollen.

Wichtig

ist, dass ZC, wenn auch nirgends das Wort „Kontrolle“ auftaucht, dazusagt, „dass die Beschäftigten die Maßnahmen in den Betrieben selber gestalten und gemeinsam durchsetzen“ müssen und auch die Gewerkschaften aufgefordert werden, „die erforderliche große und gemeinsame Pause zu organisieren“. Wichtig ist das deshalb, weil es die Frage aufwirft, wer das Subjekt der Veränderung sein soll, vielmehr noch diese Frage gleich mit einem Klassenstandpunkt auf Seiten der Arbeiter_innenklasse beantwortet. Dies schlägt sich auch in einer letzten Forderung noch einmal nieder, in der sie die Finanzierung aller Maßnahmen durch das Kapital fordern, in Form einer „europaweiten Covid-Solidaritätsabgabe auf hohe Vermögen, Unternehmensgewinne, Finanztransaktionen und die höchsten Einkommen.“

Was

ist von all dem zu halten?

Wie

schon angedeutet, ist der grundlegende Ansatz goldrichtig und es ist sehr zu begrüßen, dass die Initiative auf so eine Popularität stößt. Insbesondere der Bezug auf die Arbeiter_innenklasse stellt einen qualitativen Unterschied dar zu anderen Petitionen und moralischen Appellen. Mit all dem gesagt, müssen wir dennoch bemerken, dass in dem Aufruf einiges schwammig bleibt, so wird nicht klar unter welchen Umständen eine Kontrolle der Arbeiter_innen und Jugend über die Maßnahmen gelingen kann, stattdessen wird eher der Eindruck vermittelt, der Staat müsse nur mal daran erinnert werden, dass es uns auch noch gibt und dann könne man ihm die Umsetzung dieser Politik auch irgendwie überlassen. Das ist allerdings ein Trugschluss, kann doch der Staat in einer Klassengesellschaft, in der die ökonomische Macht, das Eigentum, bei einer einzelnen Klasse liegt, unmöglich neutral über den Klassen stehen. Es gibt darüberhinaus noch viele weitere Punkte, in denen wir uns natürlich wünschen würden, dass der Aufruf klarer und weitreichender wäre, wir wollen hier nur exemplarisch nennen, dass zwar der Schritt von einer europaweiten Planung schon gut ist, allerdings die Kurve nur global wirklich gestoppt werden kann, wir also international für diese Maßnahmen kämpfen müssen, wie auch klar gesagt werden muss, dass der Kampf gegen die Pandemie keine Abschottung Europas gegenüber Flüchtenden bedeuten darf, die Grenzen müssen für Geflüchtete vielmehr geöffnet werden, so coronakonform wie möglich (Massentests, dezentrale Möglichkeiten zur Quarantäne, ...).

Also

Pustekuchen?

Nee!

Gerade jetzt, wo die Gewerkschafts- und Parteiführungen unsere Klasse so im Stich lassen, und die größere Mobilisierung eher von rechts kommen, ist unsere Aufgabe eine Antikrisenbewegung von links aufzubauen. Und da dürfen wir bei einem so vielversprechenden Ansatz, der auch noch in so entscheidenden Fragen in genau die richtige Richtung geht, nicht meckernd am Rande stehen. Wir müssen

uns vielmehr in ZC dafür engagieren, dass all die angesprochenen Punkte umgesetzt werden, die so notwendig sind für den Erfolg der Kampagne. Es ist ein richtiger Schritt, dass neben dem reinen Unterschriftensammeln im Netz in den letzten Wochen auch zaghaft kleine Aktionen auf der Straße oder vor den Betrieben gestartet wurden und in vielen Städten Ortsgruppen zur Koordinierung der Proteste gegründet wurden. Revolutionär_innen sollten diesen Tendenzen weiterführen und so die Klasse als Subjekt der Veränderung mehr in den Vordergrund rücken, da nur aus einer wirklichen Bewegung auch Kontrollorgane zur Umsetzung der Ziele hervorgehen können. Lasst uns im Einklang mit dem Infektionsschutz Demos, Streiks und Besetzungen organisieren! Wir fordern auch andere linke Jugendorganisationen (solid, Young Struggle, SDAJ, Jugendantifas und andere, ja ihr seid gemeint) auf, um ZC aktiv zu werden. Nur von außen kritisieren reicht jetzt nicht, macht mit und tragt eure Kritik aktiv mit rein! Die Zeiten sind vorbei, in denen wir es uns leisten können jede unser eigenes Süppchen zu kochen! Und nebenbei, das Argument Forderungen an den Staat seien ein NoGo können wir nicht gelten lassen, bei FFF hat das auch niemanden gejackt, wir haben aber trotzdem noch einen ausführlicheren Artikel zu der Frage: onesolutionrevolution.de/duerfen-linke-forderungen-an-den-staat-stellen-zero-covid/

Was heißt ZeroCovid für Jugendliche?

Naja

Corona ist ja auch doof für uns, nicht nur für Oma und Opa, das wird z.B. deutlich, wenn wir uns anschauen was das Krisenmanagement in der Schule für eine Katastrophe ist, nicht nur für diejenigen, die gerade Abi schreiben. Es macht daher auch für uns Sinn, für ein bisschen Kontrolle über unsere Lebensrealitäten zu kämpfen. Wir sollten daher in der Schul-AG bei ZC intervenieren, um dafür zu sorgen, dass a) unsere Interessen in der Kampagne Gehör finden, wir b) dadurch auch andere Jugendliche aufmerksam machen können und

c) Druck auf Kräfte wie die GEW aufzubauen auch zu Aktionen aufzurufen.

Inhaltlich

sollten wir dabei Forderungen aufwerfen wie: Schulöffnungen nur unter unseren Bedingungen: Mehr Räume, mehr Personal, kleinere Klassen, Freistellung ohne Diskussion, Prüfungen und Noten nur zur Verbesserung. Ausführlicher findet ihr das auf unserer Homepage.

Gehen wir es also an,
der Kampf für eine bessere Welt und gegen die Corona-Leugner_innen kann nur Erfolg haben, wenn wir auch greifbar Alternativen aufzeigen können!

Dürfen Linke Forderungen an den Staat stellen? (#ZeroCovid)

Guter Artikel unseres Genossen Wilhelm Schulz, zuerst veröffentlicht in *Neue Internationale* 253, Februar 2021

#ZeroCovid stellt den ersten linken Vorstoß mit potenziellem Massencharakter dar, der sich gegen die staatlichen Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie stellt und die Auseinandersetzung in die Betriebe tragen möchte. Es stellt eine zentrale Aufgabe auch der subjektiv revolutionären Linken dar, die Initiative und ihren Erfolg nach Kräften zu stärken und sie politisch zu prägen. Daher unterstützen wir sie kritisch und fordern alle linken und proletarischen Kräfte auf, es uns nachzutun.

Während an die 100.000 den Aufruf unterschrieben haben, bleibt die Reaktion unter sozialistischen Linken bislang recht verhalten. Die SAV

unterstützt die Kampagne nicht, weil sie es nicht für mehrheitsfähig in der Klasse hält, einen Shutdown auch auf die Wirtschaft auszuweiten. Der Funke (IMT) verweigert sich, weil der Aufruf die Methoden des Klassenkampfes nicht anwende, sondern den Staat als Subjekt der Veränderung sieht und damit Illusionen in eben jenen schüre.

In verschiedenen Stellungnahmen aus linken Organisationen, Parteien und Plattformen können wir in den letzten Tagen eine relative Paralyse gegenüber der Forderung nach einschränkenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie beobachten. Forderungen an den Staat erscheinen manchen prinzipiell, also unabhängig von ihrem Inhalt, als Teufelszeug.

Staat und Reformen

Bevor wir auf die Frage näher eingehen, wollen wir kurz fünf Forderungsblöcke von #Zero-Covid darlegen:

- „1. Wir schränken unsere Kontakte auf ein Minimum ein – auch am Arbeitsplatz. Wir müssen alle nicht gesellschaftlich notwendigen Bereiche der Wirtschaft für eine Zeit stilllegen.
2. Niemand darf zurückbleiben: Menschen können nur zu Hause bleiben, wenn sie finanziell abgesichert sind. Deshalb ist ein umfassendes Rettungspaket für alle nötig.
3. Der Markt hat nichts geregelt. Der Gesundheits- und Pflegebereich muss sofort ausgebaut werden. Das heißt auch: Löhne rauf und weg mit dem schädlichen Profitprinzip im Gesundheitswesen.
4. Eine globale Pandemie lässt sich nur global besiegen: Impfstoffe dürfen nicht den Profiten von Unternehmen dienen, sondern müssen allen Menschen überall zur Verfügung stehen.
5. Die nötigen Maßnahmen kosten Geld. Deshalb brauchen wir europaweite Covid-Solidaritätsabgaben auf hohe Vermögen, Unternehmensgewinne, Finanztransaktionen.“

Diese fünf Forderungen könnten natürlich noch deutlicher und konkreter gefasst werden. Das ist hier aber nicht das Wesentliche. Alle zielen auf den Gesundheitsschutz, die soziale Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen, von Selbstständigen, unabhängig von Alter, Nationalität, Geschlecht sowie auf die Finanzierung dieser Maßnahmen durch Umverteilung von oben nach unten.

Forderungen im Kapitalismus

Solange wir den Kapitalismus noch nicht gestürzt haben, richten sich solche Forderungen nach sozialen und politischen Verbesserungen oder Reformen immer notwendigerweise an den Staat. Das trifft z. B. auch auf die Forderungen nach einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung, nach einem Mindestlohn, nach Enteignungen großer Konzerne, nach dem Ausbau demokratischer Rechte zu.

Würden die VertreterInnen einer solchen Kritik ihre eigenen Argumente ernst nehmen, so müssten sie jede Bewegung, jeden Kampf für politische und soziale Reformen kategorisch ablehnen und, ähnlich wie die „antiautoritären“ und anarchistischen KritikerInnen von Marx und Engels in der Ersten Internationale, den Weg des politischen Abstentionismus beschreiten, also der Enthaltung vom und Ablehnung des politischen Klassenkampf/es für Verbesserungen im bestehenden System.

Die Geschichte lehrt hingegen, dass der Kampf um solche Reformen als Mittel genutzt werden muss, um die ArbeiterInnenklasse zu organisieren und in Bewegung zu bringen. Schließlich hat der bürgerliche Staat als Sachwalter des Kapitals nichts zu verschenken. Und jede/r weiß, dass die Ziele von #ZeroCovid nur durch massive Mobilisierungen erzwungen werden können, um diese gegen den Widerstand von Kapital, bürgerlichen Parteien und Regierung zu erzwingen.

Nur wenn die Forderungen mit weiterführenden Kampfmaßnahmen wie Demonstrationen, Streiks und Besetzungen verbunden werden, kann die Klasse Zugeständnisse erzwingen und im Zuge ihrer dafür notwendigen Selbstorganisation die Umsetzung kontrollieren. Im Nachfolgenden wollen

wir also die Frage, ob und inwiefern wir Forderungen an den Staat stellen sollten, weiter beleuchten.

Was ist der bürgerliche Staat?

Der bürgerliche Nationalstaat ist in erster Linie ein Instrument zur Aufrechterhaltung der herrschenden Ordnung und Eigentumsverhältnisse – er ist ein kapitalistischer Klassenstaat. Er fungiert als ideeller Gesamtkapitalist, d. h. er muss die allgemeinen Produktionsbedingungen aufrechterhalten und auch als Sachwalter des Gesamtinteresses der herrschenden Klasse dienen. Dieses darf jedoch nicht als Addition der Interessen der konkurrierenden Einzelkapitale verstanden werden. Vielmehr muss er auch die Konkurrenzbedingungen unabhängig von diesen garantieren, was auch zu einzelnen Konflikten führt. Dieser Gegensatz zeigt sich aktuell auch durch die Schließung von Restaurants und Freizeiteinrichtungen, während die für die Mehrwertproduktion „essentiellen“ Konzerne um jeden Preis offen gehalten werden.

Zweitens verkörpert der Staat im Kapitalismus das gesellschaftlich Allgemeine, wenn auch das „falsche Allgemeine“, weil seine proklamierte „Neutralität“ und formale Gleichheit der BürgerInnen nur den Überbau bilden können, auf dessen ökonomischer Grundlage sich die Klassen reproduzieren. Damit die Sicherung dieser gesellschaftlich grundlegenden Verhältnisse gelingt, muss die bürokratische Staatsmaschinerie (Parlamente, Repressionsapparat, Verwaltung, Justiz, ...) strukturell an die herrschende Klasse gebunden sein.

Daher kann der Staat nicht einfach übernommen, transformiert oder demokratisiert werden. So sind die Staatsbediensteten materiell und ideologisch an ebendiesen Staat gebunden. Auch ist der Großteil des Staates eben nicht demokratisch wählbar, was im Besonderen für die exekutiven Organe (Polizei, Militär, Geheimdienste) gilt.

Zugleich aber bildet der Kampf um politische und soziale Reformen einen Ort des Klassenkampfes in der bürgerlichen Gesellschaft. Unsere Politik muss daher notwendig zwei Aspekte berücksichtigen. Erstens geht

es darum, die Klasse durch Forderungen wie jene nach einem Shutdown der Wirtschaft zusammenzuschließen und zu einer politischen Bewegung zu formieren, die nicht nur an einzelne UnternehmerInnen Forderungen nach Durchsetzung gesundheitlicher Unversehrtheit richtet, sondern diese als allgemeine politische erhebt. Als Zweites zielen diese Forderungen darauf ab, Illusionen in den Klassenstaat zu brechen, um dabei eine Perspektive zu weisen, die von den bestehenden Problemen aus die Notwendigkeit der Selbstorganisation und schlussendlich den Bruch mit dem Privateigentum aufzeigt.

Kann man also Forderungen an den Staat stellen?

Die zentrale Zielsetzung unserer Forderungen besteht nicht in Erreichung kleiner Teilerfolge, sondern sie muss darauf abzielen, einen unversöhnlichen Klassenstandpunkt aufzuzeigen und zu popularisieren (vergl. Luxemburg: Sozialreform oder Revolution). Damit sind wir an einem Punkt angelangt, an dem der Vorstoß von #ZeroCovid eine gewisse Doppeldeutigkeit annimmt, konkret an der Frage, wie die aufgestellten Forderungen umgesetzt werden können. Der Adressat der Online-Petition sind die „Deutsche Bundesregierung, Schweizer Bundesregierung, Österreichische Bundesregierung, Europäische EntscheidungsträgerInnen“ (siehe Petitionstext), während im Aufruf die Gewerkschaften aufgefordert werden, den Shutdown im Betrieb zu organisieren. Was von manchen somit als Appell an den Staat bezeichnet wird, ist unter Bedingungen einer klassenkämpferischen Bewegung in den Gewerkschaften und Betrieben ein Erzwingen zur Umsetzung der Maßnahmen gegenüber dem Staat.

Besonders interessant wird die verkürzte Darstellung von Forderungen an den Staat als rein appellierende Haltung, wenn wir uns andere soziale Bewegungen anschauen, allen voran Fridays for Future – eine Bewegung, die die meisten der ach so konsequenten linken Gruppen vermutlich (kritisch) unterstützen werden. Die Hauptforderung von FFF ist die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, womit sie sich direkt auf den Staat bezieht, sogar ganz ohne Bezugnahme auf Gewerkschaften. Hier

wiederum kämpfen viele der SozialistInnen in und um FFF für ein Klassenprogramm. Eine kurze Frage an die SAV an der Stelle: Ist die Umsetzung der Forderungen der Umweltbewegung denn in der ArbeiterInnenklasse aktuell mehrheitsfähig? Eventuell ist die Sorge auch eher, dass dies in der Linkspartei schwer mehrheitsfähig ist bzw. einen politischen Kampf mit sich brächte.

Um die Notwendigkeit, Forderungen an den Staat zu stellen, zu verstehen, müssen wir uns kurz mit den drei Dimensionen des Klassenkampfes befassen, dem ökonomischen, politischen und ideologischen Klassenkampf (vgl. Lenin: Was tun?). Verkürzt gesagt, umrahmen sie idealtypisch folgendes Feld: Der ökonomische Klassenkampf bezieht sich auf die Verbesserungen des Verhältnisses bezahlter zu ausgebeuteter Lohnarbeit, der ideologische hingegen ist der Kampf um die Köpfe, besser um die Entwicklung von der Klasse an sich zur Klasse für sich, und im politischen Klassenkampf – um den es im Kern an dieser Stelle geht – richtet sich die ArbeiterInnenbewegung schlussendlich gegen das politische wie soziale System des Kapitalismus als Ganzes. Ziel ist es, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, somit auch ihren Staat zu schwächen, gar zu entmachten.

Charakter des „Autoritarismus“

Weiter oben haben wir verdeutlicht, dass die Forderung an den Staat mit der Mobilisierung der Klasse verbunden werden muss. Aus dem oben Gezeigten lässt sich auch leicht die Antwort auf eine Frage finden, die viele Linke anscheinend umtreibt: Führen Forderungen an den Staat denn automatisch zum Autoritarismus? Im Allgemeinen lässt sich sagen: Nein! Es hängt vielmehr jeweils davon ab, wessen Klasseninteressen, welche Anliegen sie zum Ausdruck bringen, nicht ob sie „autoritär“ sind oder nicht.

Bestünde ein solcher Automatismus hingegen, müsste jede Forderung nach sozialer Absicherung den Staat ein Quäntchen autoritärer machen, beispielsweise die Erhöhung des Mindestlohns. Auch bei #ZeroCovid geht es nicht um irgendwelche Forderungen an den Staat, sondern um die

Forderung nach einem Shutdown des Gesamtkapitals.

Es ist kein Zufall, dass die Regierung bereit ist, einzelne, für die Mehrwertproduktion weniger wichtige Branchen zu schließen. Im Falle der Großindustrie setzt der reale Staat jedoch seine Macht ein, um solche Maßnahmen zu verhindern. Er sichert die Profite der Konzerne auf Kosten unserer Gesundheit. Die konkreten Maßnahmen, die #ZeroCovid vorschlägt, werden daher nur durch eine Bewegung erzwungen werden können. Selbst wenn sich der Staat genötigt sähe, diesem Druck vorübergehend nachzugeben, würden viele BürokratInnen und UnternehmerInnen kreativ nach Schlupflöchern suchen – ganz so wie wir das von der „autoritären“ Besteuerung der Unternehmen oder „autoritären“ Hygienevorschriften in Schlachtereien kennen. Große Konzerne würden versuchen, sich den Shutdown vergolden zu lassen. D. h. hier zeigt sich, dass die Frage der Erzwingung dieser Maßnahmen mit jener der Kontrolle durch die ArbeiterInnenklasse in den Betrieben und Stadtteilen verbunden werden muss.

Welche Forderung in wessen Interesse?

Vom Standpunkt der KapitalistInnenklasse und des KleinunternehmerInnentums sind staatliche Arbeitszeitbeschränkungen, Kündigungsschutz oder Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz natürlich „autoritär“. Vom Standpunkt der ArbeiterInnenklasse aus betrachtet hingegen oft löchrig wie Schweizer Käse. Für das Kapital wirkte sich die Kontrolle durch die Lohnabhängigen noch viel autoritärer aus als jene des Staates. Daher muss jede Kritik am „Autoritarismus“ auf ihren Klassencharakter hin überprüft werden. Der abstrakte, vom politischen und sozialen Inhalt einer Forderung abstrahierende „Antiautoritarismus“ entpuppt sich nämlich bei näherer Betrachtung als bürgerliche, arbeiterInnenfeindliche Ideologie.

Ist es denn kleinbürgerlich-moralisierend, Forderungen an den Staat zu stellen? Wie bereits verdeutlicht: Nein, nicht prinzipiell! Die Aufgabe ist es, die Forderungen, die in der Online-Petition formuliert werden, mit weiterführenden Kampfmaßnahmen zu füllen. Die Darstellung

deren als kleinbürgerlich und staatsbejahend ignoriert vollkommen die Aufgabe von RevolutionärInnen, die Wirklichkeit dem Gedanken anzunähern und hat ausschließlich den praktischen Nutzen, im Nachhinein die eigene Passivität zu legitimieren. Eine solche Haltung tut in der Situation der Paralyse nichts anderes als dem vorherrschenden Bewusstsein in der Klasse, somit einem bürgerlichen, hinterherzulaufen. Deshalb: Nicht meckern, machen! Kämpft mit und in #ZeroCovid für eine proletarische Aktionsplattform im Kampf gegen Pandemie und Krise!

Woher kommen eigentlich Verschwörungsideologien?

von

J.J.Wendehals

Bei

den "Querdenker"-Demos kommen aktuell so viele Leute auf die Straße wie sogar die Rassist_Innen von Pegida selbst zu ihren Hochzeiten nur hätten träumen können. Dabei handelt es sich zwar keineswegs um eine einheitliche Masse aus knallharten Faschist_Innen, aber es gibt doch ein ideologisches Dach, unter dem alle diese verschiedenen Leute (auf eine infektionspolitisch nicht vertretbare Nähe) zusammenkommen: Es handelt sich um (mal mehr und mal weniger) wilde Theorien darüber wie mystische Kräfte oder Personen die Gesicke der Welt lenken und sie gegen den "kleinen Mann" lenken, der sein einfaches Leben unterhalten will. Wir nennen diese Verschwörungsideologien.

Woran glaubt ein_e

Verschwörungsideolog_In?

Typischer

Weise richten sie sich gegen tatsächlich relativ einflussreiche Personen wie Konzernchefs (Bill Gates) oder Regierungsangehörige (Merkel, Obama) aber es gibt auch weitaus phantastischere Ziele (Echsen, außer- oder überirdische Wesen) und offen rassistische (Juden und Jüdinnen, Geflüchtete). In den einzelnen Theorien sind dann diese verschiedenen Feindbilder oft miteinander kombiniert und verflochten wie z.B. im Fall von antisemitischen Verleumdungen des George Soros (ein Investor jüdischer Abstammung, der sein Vermögen auch für Bildungs- und bürgerrechtliche Zwecke einsetzt) oder wenn behauptet wird Bill Gates (eigentlich ein getarntes Echtenwesen) stehe hinter der Coronapandemie, um damit Geld in die Taschen der Pharmakonzerne zu lenken, an denen er beteiligt ist. So absurd und lächerlich diese Theorien einstweilen wirken, so real sind aber offenbar doch ihre Auswirkungen und Hintergründe, dafür sind die Mobilisierungen in Berlin nur der aktuellste von vielen Belegen. Schon der Hitlerfaschismus verband seinen Antikommunismus mit antisemitischen Motiven, wenn er die Gefahr einer “bolschewistisch-jüdischen Weltverschwörung” an die Wand malte und hatte am Ende den unfassbaren Terror von Zweitem Weltkrieg und Shoah zur Folge. Wir wollen also in diesem Text das Phänomen ein wenig analysieren.

Was ist die ideologische Struktur der Verschwörungstheorien?

Auch

wenn Bebel sagte, Antisemitismus sei der “Sozialismus der dummen Kerls”, beschränken Verschwörungsideologien sich nicht darauf Hirngespinnste “dummer” Menschen zu sein. Als Ausgangspunkt haben sie tatsächlich oft eine reale Ungerechtigkeit der kapitalistischen Verhältnisse, so z.B. die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich, die Profitmacherei in der Pharmaindustrie, Arbeitslosigkeit oder das zu Grunde gehen von kleinen Unternehmen. Jedoch bleiben sie unfähig die systematischen Ursachen dieser Missstände in der

Struktur des Kapitalismus' zu erkennen. Stattdessen greifen sie zu vereinfachten Modellen, die allerdings jene mystischen Elemente benötigen, um eine lückenlose "Argumentation" bilden zu können. Wenn beispielsweise nicht erkannt wird, dass die kapitalistische Konkurrenz die Kapitalist_Innenklasse dazu zwingt, ihre Profite immer weiter zu maximieren oder unterzugehen, dann muss das Verhalten der Konzerne in dem bösartigen Charakter liegen, den gewisse Personen haben sollen, die für diese Konzerne verantwortlich gemacht werden. Oder eben darin, dass diese Personen von Echsen kontrolliert werden usw. usf. Dies ist auch oft ein Punkt, an dem Antisemitismus Einzug erhält in jene Ideologien, da das Bild vom "gierigen Juden", der für seine eigenen Ziele bereit ist "die ganze Gemeinschaft" zu betrügen, schon seit vielen hundert Jahren genutzt wird, um die verschiedenen Formen des Judenhass' zu begründen, die über die Geschichte aufgetreten sind. So auch die Nationalsozialist_Innen, die unterschieden zwischen einem "schaffenden" Kapital und einem (jüdischen) "raffenden" Kapital, das für die kapitalistischen Missstände wie Arbeitslosigkeit und insbesondere die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er verantwortlich sei. Seitdem sind Wirtschaftskrisen, die die kapitalistischen Widersprüche auf die Spitze treiben, immer wieder ein fruchtbarer Nährboden für Verschwörungsideologien gewesen, der seine Wirksamkeit besonders dann entfalten kann, wenn durch Schwäche und Niederlagen der Linken Raum dafür gemacht wird (Was hat eigentlich die Linkspartei zum Coronamanagement der Bundesregierung zu sagen?).

Es

sei an sich durchaus möglich, so ist das Fazit dieser Theorien, ein gutes Leben im Kapitalismus zu führen, wenn nicht gewisse böse Elemente vorhanden wären, die dem immer wieder entgegen wirken, entweder durch Zersetzung von innen oder Fernsteuerung von außen. Demnach ist die logische Konsequenz auch nie der vollständige Umsturz des kapitalistischen Systems, sondern immer nur die Beseitigung dieses oder jenes spezifischen Phänomens, das für alles Übel verantwortlich sei, wie einzelne Kapitalist_Innen, die Jüdinnen

und Juden oder Geflüchteten. Um das zu erreichen werden Appelle an den Staat gerichtet (z.B. Merkel und Spahn sollen vor Gericht) und im schlimmsten Fall wird zu „Selbstjustiz“ gegriffen wie bei dem Anschlag in Halle.

Welches

Sein steht hinter diesem falschen Bewusstsein?

Als

Marxist_Innen spielen für uns jedoch nicht nur die ideologischen Merkmale einer Bewegung eine Rolle, sondern vor allem auch die Frage, wer vertritt diese Ideologie und in welchem Zusammenhang steht sie zu den materiellen Verhältnissen, mit einem Wort was ist ihr Klassencharakter? Zwar ist die Soziologie der „Hygienedemos“ noch wenig erforscht, allerdings zeichnet sich eine Tendenz ab, die auch bei NSDAP und gewissen Teilen der AfD zu beobachten ist. Neben besonders prekarierten Teilen der Arbeiter_Innenklasse wird der hauptsächliche Anteil durch das Kleinbürger_Innenum ausgemacht, also z.B. Besitzer_Innen von kleinen Läden oder Betrieben aber auch Selbstständige im Handwerk, in der Gastro- oder Kulturbranche. Das Kleinbürger_Innenum steht im Kapitalismus zwischen den Fronten der beiden Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat. Es kann daher auch kein konsistentes Klasseninteresse entwickeln, sondern schwankt vielmehr die ganze Zeit zwischen den beiden Polen von Bourgeoisie und Proletariat. Wenn sich ihm auch immer wieder kleine Nischen öffnen, in die das große Kapital (noch) nicht vorgedrungen ist (Beispiele sind bei Start-Ups oder im Dienstleistungssektor zu finden), so ist es doch der Konkurrenz eines großen Konzerns niemals gewachsen. Insbesondere in Krisenzeiten ist es anfällig, es fehlen ihm Verteidigungsmittel wie Rücklagen und viele werden zerrieben und in das Proletariat hinabgedrückt.

Möglich

ist dann, dass Teile von ihm sich der Arbeiter_Innenbewegung anschließen, die gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung ankämpft. Da das Kleinbürger_Innenum nämlich nicht

nicht nur Produktionsmittel besitzt, sondern sich gleichzeitig auch selber ausbeuten muss, kann ihre Situation nur so positiv aufgelöst werden. Aber diese Möglichkeit besteht natürlich auch nur, falls so eine Bewegung überhaupt existiert und es schafft ein revolutionäres Programm aufzuwerfen. Andernfalls können daraus große reaktionäre Bewegungen werden, die gefährlich sind für die Arbeiter_Innenklasse und alle anderen unterdrückten Gruppen.

Keinen

Boden, keine Straße den Rechten!

Als

Revolutionär_Innen ist es also unsere Aufgabe für die Entstehung jener linken Bewegung einzutreten. Wir müssen die Gewerkschaften und Arbeiter_Innenparteien unter Druck setzen, dass sie linke Antworten auf die Angriffe der Herrschenden formulieren und für diese auf die Straße gehen sollen, anstatt sich klein zu machen und die Interessen der eigenen Basis zum Teilbedürfnis der Konzerne zu pervertieren, wie es die IG Metall vormacht, wenn sie sich für die unsägliche Abwrackprämie einsetzt.

Jenen

Verschwörungsideologien muss aber eine Bewegung der Arbeiter_Innenklasse eine unmissverständliche Absage erteilen. Den Rechten und Verwirrten sollten wir jetzt vor allem keinen Raum auf der Straße lassen. Blockieren wir sie, wo sie mobilisieren und bauen wir dabei eine Gegenbewegung auf, die die Fragen der Krise von links beantwortet!

Zweite Welle der Corona-„SkeptikerInnen“?

Wilhelm Schulz, 3. August 2020

Zuerst veröffentlicht unter

<https://arbeiterinnenmacht.de/2020/08/03/zweite-welle-der-corona-skeptikerinnen/>

Es war ein unheimlicher Aufmarsch. 20.000 bis 30.000 Corona-„SkeptikerInnen“ oder direkte LeugnerInnen der Pandemie demonstrierten am 1. August in Berlin. Aus dem gesamten Bundesgebiet mobilisierten die OrganisatorInnen der sogenannten Hygienedemonstrationen.

Sie feierten gemeinsam das angebliche Ende der Corona-Pandemie. Dabei sind die Zahlen täglicher Neuinfektionen weltweit höher denn je – von der Dunkelziffer vor allem in der halbkolonialen Welt ganz zu schweigen, die u. a. auf fehlende Testsysteme und darauf zurückzuführen sind, dass als Todesursachen andere Krankheiten und Mangelerscheinungen ausgewiesen werden.

Auch in Deutschland steigen bekanntlich die Zahlen. Die Öffnung der Wirtschaft und die Arbeitsbedingungen in den Betrieben stellen auch hier ein Gesundheitsrisiko dar, das Kapital und auch Corona-SkeptikerInnen billigend in Kauf nehmen. Kostenlose Testverfahren werden selbst in Deutschland nur wenigen angeboten – oft nur im Zusammenhang mit einem Flugticket.

Wir werden an dieser Stelle nicht weiter auf die Ideologie und den Irrationalismus dieser kleinbürgerlichen „Bewegung“ eingehen. Wir haben uns damit schon an anderer Stelle, z. B. im Artikel „Das Querfront-Virus“, auseinandergesetzt.

In den letzten Wochen schien es freilich so, dass die rechte Mobilisierung durch mehrere Faktoren an Zulauf verloren hatte. Erstens hatte die Regierung mit der vollständigen Öffnung der Betriebe, von Schulen, Geschäften, Gaststätten – also mit der Aufhebung aller realen

Einschränkungen der Gewerbefreiheit – eine, wenn nicht die zentrale Forderung der Bewegung erfüllt. Zweitens schien sich der obskur faschistische Teil der Bewegung stärker zu isolieren. Drittens hatten sie Gegenmobilisierungen wie in Berlin, vor allem aber die Massendemonstrationen in Solidarität mit Black Lives Matter in den Hintergrund gerückt.

Die Demonstration vom 1. August verdeutlicht freilich, dass es sich dabei nur um eine Momentaufnahme handelte und die Gefahr der Bildung einer reaktionären kleinbürgerlichen Massenbewegung keineswegs verschwunden ist. Und sie wird auch nicht verschwinden, wenn die organisierte ArbeiterInnenbewegung, allen voran die Gewerkschaften und SPD, aber letztlich auch die Linkspartei den nationalen Schulterschluss mit „ihrer“ Regierung suchen, während Millionen in Kurzarbeit einen Vorgeschmack auf Entlassung und massive, dauerhafte Einkommenseinbußen erhalten. Das erleichtert, ja ermöglicht es erst radikalisierten, reaktionären UnternehmerInnen und KleinbürgerInnen wie auch den organisierten Nazis, RassistInnen und VerschwörungstheoretikerInnen, sich als aktive, pseudo-systemoppositionelle Kraft zu präsentieren.

Solcherart stellt die rechte Mobilisierung nicht nur ein Warnsignal an die Linke, an die ArbeiterInnenbewegung dar. Sie unterstreicht auch die Notwendigkeit einer Antikrisenbewegung, die klare klassenpolitische Forderungen aufstellt, sich nicht den Programmen der Großen Koalition und des Kapitals unterwirft und gleichzeitig die Gefahr der Pandemie nicht außer Acht lässt. Dies ist die Aufgabe der Stunde für alle anti-kapitalistischen, internationalistischen und proletarischen Kräfte.

Tag der Freiheit?

Der unheimliche Aufmarsch lief unter dem Motto „Ende der Pandemie – Tag der Freiheit“ durch die Straßen Berlins. Die Parole enthält nicht nur die absurde, allen Fakten widersprechende These vom Ende der Pandemie. Sie bringt nicht nur ein Synonym für den zur individuellen Rücksichtslosigkeit gewordenen bürgerlichen Freiheitsbegriff zum Ausdruck – die Freiheit, alle anstecken zu dürfen.

Der Titel enthält eine weitere Doppeldeutigkeit. Schon in den letzten Monaten waren antisemitische und rassistische Tendenz bei den Mobilisierungen immer deutlicher zu erkennen. Mit Attila Hildmann haben wir den Prototyp eines zum Faschismus tendierenden maroden Kleinbürgers, der, wie seine versuchten Hetzjagden auf „Hooligans gegen Satzbau“ und „Anonymus Deutschland“ zeigten, näher an organisierte FaschistInnen angebunden ist, als er es denkt oder darstellt.

Und ja, „Tag der Freiheit“ ist kein neuer Titel. 1935 wurde der Film Leni Riefenstahls „Tag der Freiheit! – Unsere Wehrmacht“ im Auftrag der NSDAP veröffentlicht. Es war der Abschluss ihres filmischen Dreiteilers an Propaganda für Parteitage der FaschistInnen. Doch selbst wenn die Wahl des Mottos purer Zufall wäre – was angesichts der einschlägig rechten OrganisatorInnen kaum glaubhaft ist –, so wäre die Demonstration weiterhin hoch problematisch und es würde an ihrem zutiefst reaktionären Charakter nichts ändern.

Wer nahm teil?

Doch woher kommen die Kräfte politisch? Veranstaltet wurde die Aktion von Initiative Querdenken 711, die den Protest in Stuttgart organisieren, und der Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand (KDW) rund um Anselm Lenz, die die Mobilisierungen am Berliner Rosa Luxemburg Platz initiierten. Daneben nahmen auch VertreterInnen von NPD, Drittem Weg, Identitärer Bewegung, des Compact-Magazins Jürgen Elsässers, AnhängerInnen des QAnon-Mythos, ReichsbürgerInnen, Teile der Pegida-Bewegung und weitere neurechte bis faschistische Kräfte teil.

Sie stellten mit Sicherheit nicht die alleinige Führung und auch nicht die Mehrheit der sich Versammelten dar, aber sie prägten die Bewegung unzweifelhaft. Darüber hinaus waren auch etliche VertreterInnen der AfD vor Ort erkennbar. Die Mehrheit der sich Versammelnden rekrutierte sich vermutlich aus einem breiten Spektrum, welches von esoterischen ImpfgegnerInnen über SkeptikerInnen, die die Maßnahmen für überzogen halten, bis zu vor dem wirtschaftlichen Ruin stehenden KleinunternehmerInnen und ihren Angestellten reicht.

Während die zweite Gruppe vermutlich mehr Menschen bei einem Großevent auf die Straße bringen kann, so haben wir es bei der ersten mit Neurechten und StrategInnen zu tun, die die bunte Bandbreite von wirren Restbeständen der Friedensbewegung bis zu AnhängerInnen des Deutschen Kaiserreiches ausnutzen, um Heterogenität und Pluralismus vorzugaukeln. Deren wahrer Charakter offenbart sich darin, dass sich FaschistInnen in ihrem Fahrwasser aufbauen können. Das reale „Spannungsfeld“ der Bewegung zeigt sich letztlich darin, dass der kleinbürgerlich-unternehmerische Flügel auf ein Programm der wirtschaftlichen und „kulturellen“ Öffnung pocht, das jedwede Rücksicht auf die gesundheitlichen Risiken für die Bevölkerung ablehnt und damit ganz nebenbei die Lockerungsmaßnahmen der Regierung stützt. Andererseits erleben wir hier eine Bewegung, die die Gefahr des Aufstiegs reaktionärer Kräfte in dieser Krisensituation aufzeigt.

Dass auch vereinzelt „linke“ Kräfte präsent waren, die aus dem Spektrum der Friedensbewegung zu kommen scheinen, macht die Sache nicht harmloser, sondern nur umso bedenklicher. Sie bilden schließlich kein Gegengewicht zu den Rechten, sondern entpuppen sich als deren nützliche IdiotInnen. Waren Formate wie Rubikon und NachDenkSeiten inhaltlich bereits vor Corona an einigen Punkten problematisch, so beschleunigt sich ihr politischer Verfall massiv, während die „Rote Fahne“-Gruppe zunehmend als bewusste Querfrontlerin in Erscheinung tritt.

Dieser Zusammenschluss bildet eine gefährliche Mischung, die tatsächlich lieber im Giftschränk hätte bleiben sollen. Es zeigt uns, unter welchem politischen Vorzeichen wir in diese Krisenperiode gerutscht sind, unter dem eines gesellschaftlichen Rechtsrucks als Folge der Niederlagen des Arabischen Frühlings und der Bewegung in Griechenland, des Aufstiegs des Nationalismus und der Krise der EU sowie der zugespitzten imperialistischen Konkurrenz – bei gleichzeitigem politischen Bankrott der Linken.

Im August 2020 erleben wir das Zusammengehen von Pegida und der Anti-Hygienebewegung, einen Schulterschluss unter Zwillingen. Eine repräsentiert den Rechtsruck des letzten Jahrzehnts in Deutschland, die andere das Gefahrenpotential der aktuellen Periode des Klassenkampfes, wenn die ArbeiterInnenbewegung keine klassenkämpferische Antwort für die

Massen zu geben vermag.

Wer und wie viele?

Das genau zu beantworten, ist fast unmöglich. Zwar gab es Ortsschilder, die auf der Versammlung in die Luft gehalten wurden. Aber um wirklich abschätzen zu können, wie viele der sich versammelnden aus dem rechten Spektrum kommen, wie viele durch die Anti-Hygienedemonstrationen politisiert wurden, dafür wäre eine ausführlichere Recherche nötig. Laut Junger Welt kam ein großer Teil der sich Versammelnden aus Baden-Württemberg und Sachsen.

Die Zahlen der TeilnehmerInnen gehen weit auseinander, von 17.500 bis zu reichlich phantastischen 1,5 Millionen. Hierzu muss einiges gesagt werden, aber es ist mit Sicherheit nicht die Hauptfrage, die die Linke beschäftigen sollte. Selbst wenn es „nur“ 17.500 Menschen waren, so ist das die größte Berliner Mobilisierung von rechts in diesem Jahr. Was die Hauptstadt betrifft, so ist sie vergleichbar mit der Black-Lives-Matter-Kundgebung im Juni am Berliner Alexanderplatz, bei der mindestens 20.000, wahrscheinlich sogar über 30.000 Menschen protestierten.

Ein Artikel vom Volksverpetzer vom 2. August kalkuliert eher mit 17.000 Menschen, ähnlich den Polizeiangaben. Dabei legt er die Grundfläche der Abschlusskundgebung den Berechnungen zugrunde und geht von einer durchschnittlichen Mensch-Flächen-Dichte von einer Person pro Quadratmeter aus, was 17.000 Menschen ergibt. Für seine Berechnungen zieht er außerdem Vergleiche mit den Bildern der Loveparade von 1999, bei der 1,4 Millionen Menschen auf der Straße des 17. Juni waren.

Hiermit zeigt er eindrucksvoll, wie viel größer die letztere Veranstaltung war. Persönlich war der Autor bei keiner der beiden vor Ort, hält jedoch das Verhältnis von einer Person pro Quadratmeter für etwas viel Platz über die gesamte Strecke, aber selbst bei 0,75 oder 0,5 Quadratmeter pro Menschen wären es lediglich knapp 23.000 beziehungsweise 34.000 TeilnehmerInnen.

Für die Teilnehmenden und ihre Chatgruppen wird die Zahlendebatte

irrelevant, halten sie doch jedwede Berichterstattung gegen sie für gleichgeschaltet. Das zeigen auch die Einschüchterungsversuche gegenüber der Presse vor Ort. Mehrere Fernsehteams sahen sich gezwungen, ihre Berichterstattung abubrechen. Die VeranstalterInnen forderten von jeder teilnehmenden ReporterIn eine Voranmeldung, in der diese unterzeichneten, dass sie stets „wahrheitsgemäß, unparteiisch und vollständig berichten“ – worunter sie ihre eigene „Wahrheit“ verstehen. Wie schon bei den rechten Demonstrationen in Stuttgart wollen diese selbsternannten VerteidigerInnen der Meinungsfreiheit missliebigen JournalistInnen einen Maulkorb verpassen, diese zensieren.

Rücksichtslosigkeit als Programm

Die Darstellung des Corona-Virus schwankt in der Bewegung zwischen der Beschreibung als regulärer Grippewelle und einer bloßen Fiktion einer „globalen, homogenen Elite“ von MultimilliardärInnen wie Bill Gates und der Pharmaindustrie, die die Politik und die Medien gleichgeschaltet hätten. Auch wenn die Einschätzungen auseinandergehen, so finden sie doch ihren gemeinsamen Punkt in der Ablehnung jedweder Einschränkung aufgrund von SARS-CoV-2, seien sie noch so geringfügig wie das Tragen von Mund-Nasen-Masken im öffentlichen (Eng-)Raum.

Die Freiheit, die sie meinen, entpuppt sich als Rücksichtslosigkeit, als blanker Egoismus. Diese Doppelbödigkeit ist der Freiheit im Kapitalismus selbst nicht fremd. Schließlich beinhaltet die Freiheit des Privateigentums, die diesem System zugrunde liegt, die Freiheit der einen, uneingeschränkt wirtschaften zu können, das Elend und die Eigentumslosigkeit anderer auszunutzen – ob im Ausbeutungsverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital oder in der Unterordnung von Gesundheit und Umwelt unter die privaten Profitinteressen. Wir sagen es offen: Diese falsche Freiheit brauchen wir nicht zu verteidigen. Wir tragen MN-Masken, damit die Einschränkung des Virus möglichst erfolgreich sein kann. Auch wenn es uns individuell um ein Quantum unseres üblichen Alltagsverhaltens einschränkt, so ist dies doch notwendige gegenseitige Rücksicht unter den gegebenen Bedingungen (fehlender Impfschutz, keine flächendeckenden Tests auf Infektion und

Immunität).

Andererseits dürfen wir nicht dem Trugschluss auf den Leim gehen, dass sich die Existenz von Corona dadurch bestätigt oder falsifiziert, nur weil auf der einen oder anderen öffentlich stattfindenden Massenveranstaltung (k)eine Infizierung stattfindet. Auch auf Demonstrationen und Aktionen treten wir wie alle anderen Linken, die die Gesundheitsfrage - und damit die Lebensinteressen der Bevölkerung - ernst nehmen, dafür ein, Masken zu tragen. Zugleich lehnen wir aber jede politische Einschränkung des Demonstrationsrechts durch die Regierungen ab, weil wir für notwendigen Schutz gegen Gesundheitsgefährdung und die Abwälzung der Krisenkosten auf die ArbeiterInnenklasse alle Mittel des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes brauchen werden - ansonsten drohen Massenentlassungen, Verelendung, Wohnungsräumungen etc.

Während sich die Corona-SkeptikerInnen als Opfer der Repression und der Unterdrückung wegen ihres Verstoßes gegen die Hygiene-Vorschriften hinstellen, offenbart das brutale Vorgehen der Berliner Polizei gegen eine Solidaritätsdemonstration mit der/dem von der Räumung bedrohten linken Kneipe/Treffpunkt Syndikat, wo der Staat den/die wirkliche/n GegnerIn ausmacht. Dutzenden TeilnehmerInnen dieser linken Demo gegen Räumung und Gentrifizierung wurden von der Straße geknüppelt, niedigerannt und zum Teil schwer verletzt - und das obwohl sie Masken trugen und auf die Gesundheitsvorschriften achteten. Wenn es um Repression von Protest für fortschrittliche soziale oder politische Anliegen geht, pfeift nicht nur die Berliner Polizei freilich auf Hygiene-Schutz und wird zum doppelten Gesundheitsrisiko.

Natürlich versuchen auch die Corona-SkeptikerInnen, für ihre Mobilisierung solche und andere reale Missstände mit auszunutzen - freilich nur, um sie in eine reaktionäre Gesamtkonzeption einzupassen. Wir werden diese demagogischen Tricks freilich nicht bloß durch Argumente abwehren können. Die ArbeiterInnenbewegung und die Linke müssen ihrerseits die Maßnahmen der Regierung einschließlich ihrer Widersprüche anprangern.

So will die GroKo für UrlauberInnen an Flughäfen verpflichtende Tests

einführen. Zwar halten wir das prinzipiell für gerechtfertigt, jedoch stellen sich hier einige Fragen wie: Wer zahlt die Tests? Wer zahlt für mögliche Quarantäneschritte? Ist das dann unbezahlter Urlaub? Kommt das Unternehmen dafür auf? Wieso erhält die Reiseindustrie solche Hilfsmittel, aber der gesamte Pflegebereich nicht? Ein weiteres Beispiel ist der drohende Missbrauch mit notwendigen Einschränkungen des Alltags. So wurden von der Polizei in den letzten Wochen in bereits vier Bundesländern die Anwesenheitslisten von öffentlichen Gaststätten für „Ermittlungen“ missbraucht.

Das zeigt, dass wir niemals blindes Vertrauen in die Einschränkung demokratischer Rechte durch einen bürgerlichen Klassenstaates setzen dürfen. Wir müssen eine unabhängige Perspektive aufzeigen, die sich nicht der Ideologie des notwendigen Übels an allen Ecken und Enden anschließt. Deshalb lehnen wir die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführungen mit den Maßnahmenpaketen der GroKo im Schulterschluss mit den UnternehmerInnenverbänden kategorisch ab. Die selbstaufgelegte Friedenspflicht der ArbeiterInnenbürokratie muss politisch bekämpft werden. Die Passivität von Oppositionsparteien wie der Linkspartei darf nicht unkommentiert bleiben. Es ist auch ihr Stillschweigen, das das Erstarken dieser neurechten Bewegung ermöglicht.

Was brauchen wir?

Wir brauchen also eine Bewegung, die Widerstand gegen die Maßnahmen von Staat und Kapital organisiert und gleichzeitig das gesundheitliche Wohl durch von der ArbeiterInnenklasse kontrollierte Hygienemaßnahmen durchsetzt. Eine solche Bewegung muss die falsche Opposition von Querdenken 711, Widerstand 2020 und KDW, die in braunen Gewässern fischen und gefischt werden, ablehnen. Wo nötig, muss sie sich ihnen entgegenstellen. Vor allem müssen wir eine breite Anti-Krisenbewegung aufbauen, die eine klassenpolitische Antwort auf die Krise gibt.

Wir brauchen eine Zusammenführung der verschiedenen sozialen Kämpfe der letzten Monate, z. B. der beeindruckenden Mobilisierungen von BLM und von Kampagnenorganisationen wie Migrantifa oder der Fridays-for-Future-

Bewegung, die im September wieder einen internationalen Streik organisieren möchte. Wir müssen betriebliche Aktionen wie gegen die Entlassungen bei Galeria Karstadt Kaufhof miteinander ebenso verbinden wie mit dem Kampf für das Mietmoratorium, die Enteignung der Immobilienkonzerne oder die #LeaveNoOneBehind-Kampagne gegen das Sterben im Mittelmeer.

Die Aufgabe dieser Bewegungen und Kämpfe ist es, gemeinsame Antikrisenbündnisse aufzubauen und eine Großdemonstration im Herbst unter dem Motto „Wir zahlen weder für Krise noch Virus“ zu organisieren. Sie müssen den Druck auf die Gewerkschaften und bürgerlichen ArbeiterInnenparteien erhöhen, mit Koalitionspolitik und SozialpartnerInnenschaft zu brechen. In den vergangenen Monaten haben diese bewiesen, dass sie nicht willens sind, selbstständig solche Bewegungen aufzubauen – wir müssen sie dazu zwingen! Nur so kann der ArbeiterInnenklasse, aber auch auch Teilen des verängstigten KleinbürgerInnentums und der Mittelschichten gezeigt werden, dass der Widerstand gegen die Rettungspakete fürs Kapital, während ein Großteil der Bevölkerung mit Brotkrumen abgefertigt wird, möglich ist und mit dem Kampf gegen die Gesundheitsgefahr verbunden werden kann und muss.

Wir werden versuchen, nach unseren Möglichkeiten, eine solche Bewegung aufzubauen und fordern alle Organisationen und Parteien, die diese Einschätzung teilen, auf, ihr beizutreten, das Notwendige zur Wirklichkeit werden zu lassen.

Tönnies enteignen! Ausbeutung von Mensch und Natur stoppen!

Über 1500 Arbeiter_innen haben sich in Nordrhein-Westphalen durch ihre Arbeit in der Schlachtfabrik „Tönnies“ mit Covid19 infiziert,

Tendenz steigend. Schon vor einigen Wochen kam es zu den ersten Corona-Fällen

im Betrieb, doch der Konzern hat seine Fleischproduktion munter weiter hochgefahren. Auch bei anderen Fleischproduzenten in Niedersachsen wie Wiesenhof und Danish Crown kam es zu weiteren Infektionsausbrüchen. Dass es zu

erneuten Masseninfektionen in Deutschland gekommen ist, bleibt ein Ergebnis der

Lockerungs- und Öffnungspolitik, die die Groko mit Unterstützung aller anderen

Parteien auf Druck der Wirtschaft und der internationalen Konkurrenz durchgezogen hat. Profite zählen hier also mehr als unsere Gesundheit!

Dass sich an dieser Logik orientiert wird, zeigen auch die miserablen Arbeitsbedingungen und die massive Ausbeutung von Mensch und Natur

in den Schlachthöfen. Tiere, die ein ähnliches Intelligenzlevel wie ein 3-jähriges Menschenkind haben, werden dort unter großem Leid im Sekundentakt

geschlachtet und von Arbeiter_Innen am Fließband in bis zu 12 Stunden langen

Schichten in ihre Einzelteile zerlegt. Die meisten der Arbeiter_Innen in der Fleischindustrie stammen aus Osteuropa. Das geringe Lohnniveau an der Peripherie der EU wird von den Fleischproduzenten genutzt, um die Arbeiter_innen hier mit unter dem Mindestlohn liegenden Gehältern abzuspeisen.

Durch Werkverträge und ein raffiniertes System aus Subunternehmen werden

Arbeitsstandards systematisch umgangen. Noch dazu werden die Arbeitsmigrant_Innen in rattenbefallenen und verschimmelten Sammelunterkünften

untergebracht. Die Kosten für diese menschenunwürdigen Behausungen sowie der

Transport in die Fabrik werden ihnen dann auch noch vom ohnehin geringen Lohn

abgezogen.

Viel zu spät wurden nun Quarantänemaßnahmen vor Ort ergriffen. Die Empörung der Parteien, die sich jetzt über die schlimmen Bedingungen in der Fleischindustrie zu Wort melden, ist nichts weiter als blanker Hohn. So waren die Arbeitsbedingungen und die schonungslose Ausbeutung von Arbeitsmigrant_Innen in der Fleischindustrie als auch in der Landwirtschaft, in der Logistikbranche oder im Bau- und Gastronomiegewerbe schon lange bekannt. Zudem haben sie mit der Agenda2010 diese Arbeitsbedingungen legalisiert und damit überhaupt erst möglich gemacht. Ebenso waren sie es, die dem Druck der Unternehmen nachgegeben haben, den Lockdown zu beenden.

Die Aufforderung von Grünen, NGOs und Tierschutzverbänden an die Verbraucher_Innen kein „Billigfleisch“ mehr zu kaufen, stammt von Leuten, die sich das Bio-Demeter-Schnitzel ohne Probleme leisten können. Für viele Lohnabhängige in Deutschland ist das jedoch keine Option. Außerdem sind in ökologischen Schlachtbetrieben zwar häufig die Lebensbedingungen der Tiere ein wenig besser, jedoch ist damit noch nichts über die Arbeitsbedingungen im Betrieb gesagt. Mit ihren neoliberalen Lösungsvorschlägen verschieben die Grünen zudem die politische Verantwortung für einen nachhaltigen Umgang mit der Natur, für die Aufrechterhaltung von Hygienemaßnahmen und für die Einhaltung von Arbeitsstandards von der Gesellschaft auf den_die individuellen Konsument_In.

Auch wenn sich Linkspartei, SPD und Gewerkschaften nun durchgerungen haben, durch die gestiegene öffentliche Aufmerksamkeit einige

sinnvolle Forderungen aufzustellen, bleibt das Problem die kapitalistische Profitlogik. Solange ein Betrieb möglichst schnell möglichst viel Profit abwerfen muss, wird dies immer zu Lasten von Mensch und Natur gehen; irgendwo

muss der Profit ja schließlich herkommen. Die einzige Möglichkeit ist es also, den Betrieb zu enteignen und unter Arbeiter_Innenkontrolle zu stellen. So können die Beschäftigten selbst Arbeits- und Tierschutz überwachen und die Produktion den tatsächlichen Bedürfnissen anpassen.

Dies ist ein notwendiger Schritt, hin zu einer global und demokratisch geplanten Wirtschaft, die sich nach den Bedürfnissen von Mensch

und Natur ausrichtet und nicht nach dem Zwang, Profit zu erwirtschaften. Im Rahmen einer solchen Wirtschaftsordnung wäre es dann auch möglich, große Teile

der Produktion von Fleisch- und Milchprodukten systematisch in pflanzliche Ersatzprodukte zu transformieren. Dies ist notwendig, da das aktuelle irrationale Ausmaß der Tierproduktion dem Fortbestand der Menschheit und ihrer

weiteren Entwicklung objektiv entgegensteht. So zählt die Tierproduktion zu den

größten CO₂-Produzenten und den größten Nutzern landwirtschaftlicher Flächen.

Würde der menschliche Kalorienverbrauch fast vollständig mit pflanzlichen Produkten abgedeckt, würden ca. 75% der landwirtschaftlichen Nutzfläche überflüssig und könnten renaturiert und aufgeforstet werden, um mehr natürliche

CO₂-Senken zu schaffen. Sobald nicht mehr Lobbypolitik und die Zurückhaltung

von Forschungsgeldern die Wissenschaft blockieren, wäre ebenso der Weg frei, um

umfangreich an pflanzlichen Ersatzprodukten sowie Fleisch, Milch und Käse aus

Zellkulturen zu forschen.

Ebenso haben die Corona-Pandemie, aber auch frühere Pandemien wie die Vogelgrippe oder die Schweinegrippe, einen tierischen Ursprung, ganz abgesehen von den unmittelbaren gesundheitlichen Schäden, die durch den übermäßigen Verzehr der Tierprodukte für den Menschen entstehen.

Damit also nicht auch die menschliche Gesundheit existenziell bedroht wird, muss der Mensch ein neues Verhältnis zum Umgang mit Natur und Tierhaltung finden.

Ähnlich wie Kohleenergie waren Tiere in der Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte eine notwendige Ressource. Heute sind Kohleenergie, Tierausbeutung sowie die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft theoretisch überflüssig geworden und stehen sogar der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung objektiv entgegen. Für die betreffenden Arbeiter_Innen muss dies neben einer Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen und einer Anhebung der Löhne auch kostenlose Umschulungsangebote z.B. für die Produktion von pflanzlichen Produkten bedeuten!

6 Gründe, warum wir eine linksradikale Antwort auf das Corona-Management der Bundesregierung brauchen

Resa Ludivine

Noch Mitte Februar hat die Bundesregierung versucht, die Gefahr der Corona-Pandemie kleinzureden. Der in China schon längst wütende Virus schien noch als ferne Kleinigkeit, eigentlich nur wie eine Grippe. Erstmal Abwarten war die Devise. Ende März sah die Lage dann schon ganz anders aus.

Es folgten zahlreiche Debatten über Wirksamkeit und Unwirksamkeit von Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Schulen, Unis und Kitas wurden geschlossen, weite Teile der Bevölkerung fanden sich in Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit wieder. Bis Mitte Mai gab es auch in Deutschland starke Einschränkungen wie z.B. die Einschränkung des Versammlungsverbotes, die Abriegelung der Außengrenzen sowie die Schließung öffentlicher Einrichtungen.

1. Groko ist rassistisch!

Um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, entschied sich auch die BRD, nach langem Zögern, zu einer Art „lockdown-light“. Wo andernorts die Menschen wochenlang nur zum Einkaufen im nächstgelegenen Supermarkt vor die Tür durften und bei Zuwiderhandlung kräftig zur Kasse gebeten wurden (wie bspw. in Frankreich), gab es in Deutschland nur lokal beschränkt harte „lockdowns“. Hintergrund dessen war nicht nur der Unmut in der Bevölkerung, sondern auch Profitinteresse, weswegen es nicht verwundert, dass es zur Aufrechterhaltung vieler unnötiger Arbeiten kam.

Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten in Deutschland überproportional häufig unter schlechten Arbeitsbedingungen. Insbesondere sie

sind es, die nun unter unzureichendem Infektionsschutz und mangelndem Hygiene-Equipment auf ihren Arbeitsplätzen zu leiden haben. Außerdem sind sie es, die häufig als erste entlassen werden.

Die Debatte um landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte aus Osteuropa hat erneut gezeigt, dass im Kapitalismus Profitinteressen mehr als Menschenleben zählen, da die Grenzen unkompliziert für dringend benötigte Arbeitskräfte geöffnet werden konnten, aber schutzbedürftigen Geflüchteten verschlossen blieben. Die schnellen Grenzsicherungen im gemeinsamen Block des

„Europas der Freizügigkeit“ zeigen auch, dass sich in der Krise nun doch jeder

Nationalstaat selbst am nächsten ist. Das gilt allerdings auch für die europäischen Außengrenzen. Nicht nur an denen, sondern auch in Lagern für Geflüchtete innerhalb Europas werden die Geflüchteten sich selbst überlassen.

Die schon vorher prekäre Lage verschlimmert sich. Doch wo nicht einmal fließendes Wasser vorhanden ist und Menschen zusammengepfercht leben, müssen

wir weder über Hygienevorschriften noch über „Social-Distancing“ reden.

Ein

gefundenes Fressen für das Virus. Wir brauchen eine Gesundheitsversorgung für

alle! Portugal hat bewiesen, dass es möglich ist – gleich zu Beginn der Krise wurde allen Geflüchteten die Staatsbürger_Innenschaft ermöglicht – damit sie

Zugang zum Gesundheitssystem haben. Doch hier in Deutschland fallen weiterhin

Menschen aus dem Raster der Gesundheitsmaßnahmen, nicht nur weil sie bspw. auf

der Straße leben und ihnen daher der Zugang erschwert ist, sondern auch weil

die, in den letzten Wochen so oft betonte Abstandsregelung, eben nur für „Bürger_Innen 1. Klasse“ gilt. Der Skandal um eine steigende Zahl der

Infektionen in Unterbringungen von Arbeiter_Innen in Schlachthöfen hat das gezeigt. Dasselbe Problem haben wir aber auch in Unterkünften für Geflüchtete.

Gleichzeitig trifft Corona gerade auch viele Krisenregionen außerhalb Europas stark, wo nun Hilfsgüter, allen voran medizinische Hilfen, knapp werden, weil es entweder lieber im eigenen Land genutzt wird oder dem ausgesetzten Transport zum Opfer fallen. Von internationaler Solidarität ist keine Spur. Und wieder einmal zeigt sich die große Schere zwischen imperialistischen Staaten und Halbkolonien sowie deren Abhängigkeit. Ebenso dass die vorher herrschende „Normalität“ nach der so viele in den imperialistischen Staaten rufen, eine „Normalität“ gebaut auf Ausbeutung und Unterdrückung ist. Doch kam die „Normalität“ in Form von „Wiedereröffnung“ der deutschen Wirtschaft bei uns relativ schnell. Dieses Vorgehen gehört zu den kurzfristigen Maßnahmen, um die deutsche Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen. Gleichzeitig macht das unvorsichtige Vorgehen eine zweite Welle immer wahrscheinlicher. Eine Welle, die in Kauf genommen wird, nur um die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

2. Groko ist unsozial!

Seit

Jahrzehnten erzählen uns Finanzminister_Innen, dass Deutschland seine Staatsschulden abbauen müsse. Etliche Sozialkürzungsmaßnahmen, Bildungsabbau

und Sparprogramme wurden mit dem Argument gerechtfertigt, die Neuverschuldung

möglichst gering halten zu müssen. Die Corona-Krise veranlasste die Bundesregierung nun zu einer 180 Grad-Wende: Plötzlich ist massig Geld da und

die Milliardenkredite sprudeln aus der Staatskasse. Allerdings fließen diese nicht in öffentliche Dienstleistungen oder Sozialhilfe, sondern in die Privatwirtschaft. Geld scheint also eigentlich da zu sein, wenn es einen politischen Willen dafür gibt. Mit dem neuen Konjunkturpaket sollen nun weitere

130 Milliarden Euro investiert werden, um die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Dabei wurden zuvor bereits mehrere Billionen Euro zu diesem Zweck an Unternehmen verschenkt. Trotzdem prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute immer noch einen Abfall des BIPs, wie ihn Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Entweder denkt die Bundesregierung also, dass es 130 weitere Milliarden jetzt rausreißen oder sie sieht angesichts ihrer pro-kapitalistischen Haltung keine andere Möglichkeit als noch mehr Geld in die Unternehmenskassen zu pumpen. Für alle anderen, die leider keine Produktionsmittel besitzen, heißt es nun den Gürtel enger zu schnallen. Wer hier gerettet wird und wer dafür zahlen soll ist eine eindeutige Klassenfrage: Die Armen zahlen, damit die Reichen gerettet werden. Die Corona-Pandemie hat dabei die ohnehin massive soziale Ungleichheit zusätzlich verstärkt

Gerade wenn wir über den deutschen Tellerrand hinaussehen wird das umso klarer. Wer hungern muss und in Schulden gerät auch! Die Unfähigkeit der bürgerlichen Regierung und des kapitalistischen Systems an sich, zeigt sich darin, dass die GroKo nicht einmal den starken Anstieg der Lebensmittelpreise unter Kontrolle bringen konnte. Im Vergleich zum April 2019 stiegen die Preise um ca. 14%. Bei laufenden Kosten, Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit durch Corona ist klar, dass das gerade ärmere Haushalte schwer trifft. Die einmalige 300 Euro Unterstützungszahlung für Familien ist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

3.Groko ist klimaschädlich!

Mit der kommenden Wirtschaftskrise, deren Auslöser die Pandemie ist, rollt nun neben der Klimakrise eine weitere Krise auf uns zu. Obwohl es keine Zweifel daran gibt, welchen großen Anteil Autos und Flugzeuge an der

Produktion klimaschädlicher Emissionen haben, machte die Groko im Handumdrehen Milliarden für die Automobilindustrie und Luftfahrtkonzerne frei. Die Kaufprämie für E-Autos, die mit dem neuen Konjunkturpaket beschlossen wurde, soll dabei als ökologisches Feigenblatt dienen. Dabei haben diese selber einen extrem hohen Ressourcenverbrauch und es ist nicht bewiesen, dass durch den Kauf eines neuen E-Autos tatsächlich Emissionen eingespart werden. Vielmehr stellt die Kaufprämie eine weitere Finanzspritze für die deutsche Autoindustrie im grünen Schafspelz dar. Auf der anderen Seite wird dann bei wesentlich klimafreundlicheren Fortbewegungsmitteln wie der Bahn nun kräftig gespart, sodass viele Beschäftigte entlassen werden sollen. Überdies nutzt die Groko die Tatsache, dass es durch Corona ein wenig ruhiger um die Umweltbewegung geworden ist, um das neue Steinkohlewerk „Datteln“ ans Netz zu bringen. Bei all dem, was uns in den Monaten zuvor über den Kohleausstieg erzählt wurde, ist das nun der Gipfel der Dreistigkeit. Unter dem Vorwand „die Wirtschaft zu retten“ werden also die kleinen ökologischen Fortschritte, die wir uns in den letzten Jahren erkämpft haben, wieder rückgängig gemacht.

4. Groko ist sexistisch und jugendfeindlich!

Zu den sozialen, langfristigen Folgen, für die sich die Groko nicht interessiert, gehört auch der Backlash den derzeit Frauen* in der BRD erleben müssen. Die Krise hat gezeigt, dass gerade sie an vorderster Front belastet sind, weil sie in systemrelevanten Jobs für wenig Geld schuften und gleichzeitig noch die Reproduktionsarbeit daheim organisieren. In Heimarbeit wurden sie zurückgedrängt in ein Frauenbild der 50er Jahre. Klar ist, dass bei Entlassungen im Betrieb gerade sie betroffen sein werden. Nebenbei ist auch die Zahl häuslicher Gewalt gegenüber Frauen und Kindern nicht nur in Deutschland gestiegen.

Parallel dazu ist auch die Jugend stark getroffen, müssen wir doch um

unseren Eintritt in den Arbeitsmarkt nach Ausbildung oder Studium bangen, um auf eigenen Beinen zu stehen. Noch fataler sieht die Lage bei schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen aus. Das Homeschooling hat Bildungslücken aufgerissen, die gerade für Kinder aus ärmeren Familien nicht zu schließen sein werden. Zu Hause müssen wir häufiger größere Anteile der Hausarbeit übernehmen, also einkaufen gehen, putzen, kochen und Care-Arbeit, also uns z.B. um Verwandte kümmern, die krank sind. Es gibt aber auch einige unter uns, die schon arbeiten oder eine Ausbildung machen. Dort sind wir die ersten, die entlassen werden, weil wir häufig nur Zeit- oder Honorarverträge, nur als Minijob angestellt sind, oder gar keinen offiziellen Arbeitsvertrag haben. Das macht es den Arbeitgeber_Innen leichter, uns zu kündigen. In anderen Fällen, zum Beispiel im Supermarkt, Essenslieferanten, Landwirtschaft, sind wir die, die als erste wieder zur Arbeit geschickt werden, weil wir zu jenen gehören, die nicht in der Risikogruppe sind. Höhere Löhne will uns unser_E Chef_In trotzdem nicht zahlen.

5. Groko hat keinen Plan!

Das bisherige Krisenmanagement der Bundesregierung zeichnet sich durch ein starkes Hin- und Her-Schwanken aus. Mal wird alles heruntergespielt, dann werden vergleichsweise radikale Maßnahmen getroffen und dann wird wieder versucht alles schnell rückgängig zu machen. Grund dafür sind unter anderem die gespaltenen Kapitalinteressen der einzelnen Sektoren, die zum Teil noch angefeuert wurden durch den deutschen Föderalismus, der ein einheitliches Handeln noch weiter erschwert. Hierbei hat die GroKo noch Glück im Unglück, dass ihre Maßnahmen auf ein Gesundheitssystem treffen, dass nicht ganz so massiv wie in Großbritannien oder den USA heruntergespart wurde. Ihr Beitrag daran, dass die Maßnahmen erfolgreich erscheinen, ist demnach nur gering. Man darf sie daher nicht daran messen, sondern daran, wie sie mit den wirtschaftlichen Folgen für die Bevölkerung umgeht. Hier zeichnete sich bereits kurz nach den pandemiebedingten Schließungen ihre Inkompetenz ab, für das Wohl und die Gesundheit der Bevölkerung zu entscheiden. Nicht nur die Stimmen der Coronaleugner_Innen wurde immer lauter, auch die der Schlüsselindustrien,

des Einzelhandels, des Gaststättengewerbes und weiterer Lobbygruppen, bis sie sich ihren Wünschen schließlich beugten. Besonders sticht heraus wie die einzelnen Bundesländer wetteiferten, ihre eigenen Kapitalinteressen zu befriedigen und die Entscheidungen der Bundesregierung dafür regelrecht untergraben wurden. Ein weiterer Grund für den Zickzack-Kurs der Groko ist der internationale Wettbewerb zwischen den einzelnen Kapitalen. Wer die Wirtschaft zu erst wieder hochfährt steht auch besser in der Konkurrenz da und kann neue Marktanteile erobern. Das Wettrennen um Marktanteile sowie einen Impfstoff ist noch in vollem Gange.

6. Die „linke Opposition“ kuschelt lieber mit den Kapitalist_Innen anstatt Widerstand aufzubauen!

Dass selbst in der Krise nicht schnell gemeinsame Maßnahmen ergriffen wurden, zeigt die Schwäche der Groko. Dass anstelle dieser Situation

auszunutzen sich für den nationalen Schulterschluss entschieden wurde, zeigt

hingegen die Schwäche der Sozialdemokratie, allen voran der Gewerkschaften.

Dieser Burgfrieden, der sich im Zuge der Krise formiert hat (sprich: alle Parteien arbeiten Hand in Hand mit Kapital und die Gewerkschaften schweigen)

geschieht angeblich im Sinne der „Bevölkerung“. Jedoch ist es keine Politik im

Sinne der Arbeiter_Innenklasse! Anstelle dass sie und auch die Linkspartei alles kritiklos mittragen, hätten sie eine Opposition bilden müssen. Gegen die Massenentlassungen, gegen ein (im europäischen Vergleich geringes) Kurzarbeiter_Innengeld, gegen die Aufrechterhaltung unnötiger Arbeit!

Die Krise hat einmal mehr die Schwächen des kapitalistischen Systems entlarvt, denn es kann nicht effizient die Pandemie bekämpfen und gleichzeitig die Wirtschaft retten. Jetzt ist der Zeitpunkt genau dies aufzuzeigen

und die Arbeiter_Innen gegen die „Krisenpolitik“ der GroKo zu organisieren. Doch diese Intention war bei den Reformist_Innen nie vorhanden und man

schaut

lieber weiter schweigend zu, während die CDU am meisten vom Burgfrieden der

Linken profitiert. Sie versucht sich als „Partei der Vernunft“ zu inszenieren und greift parallel dazu Arbeitszeitregelungen sowie den lang erkämpften und

immer noch zu niedrigen Mindestlohn an, indem sie ihn nicht an die Inflation anpassen will. Solange die Politik des Burgfriedens von Linken, SPD und Gewerkschaften weiterverfolgt wird, wird sich die soziale Ungleichheit weiter zuspitzen.

Wenn

wir den Rechten die Rolle der Opposition jedoch nicht überlassen wollen, brauchen wir also jetzt eine globale und klassenkämpferische Antikrisenbewegung,

die die Probleme der Menschen wahrnimmt, eine linke Kritik am Corona-Management

der Bundesregierung formuliert und internationale Solidarität lautstark auf die

Straßen trägt. Und diese Antikrisenbewegung beginnt da, wo die

Krise ist – im überlasteten Krankenhaus, in der Schule oder in den Fabriken, die unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen die Gesundheit der Arbeiter_Innen

auf Spiel setzt. Gemeinsam mit Mitschüler_Innen, Kommiliton_Innen und Kolleg_Innen muss Vorort eine Opposition aufgebaut werden. Diese lokalen Komitees können dann Widerstand organisieren, bspw. wenn die 2. Welle kommt,

können sie durch Streiks die Werks- und Schulschließungen erzwingen. An SPD, Linke und Gewerkschaften

kommen wir mit diesem Vorhaben jedoch nicht vorbei, denn ein Großteil der organisierten Arbeiter_Innenklasse zählt zu ihren Mitgliedern. Doch um aktiven

Widerstand zu leisten, brauchen sie scheinbar einen kräftigen Arschtritt! Lasst

uns Aktionskonferenzen starten, an denen wir alle gemeinsam über ein Programm und Aktionen diskutieren, die eine unabhängige Stimme der Unterdrückten darstellen und aus der Krise führen können. Dabei müssen wir den Anschluss an bestehende internationale Massenproteste wie die aktuelle Black-Lives-Matter-Bewegung suchen und Themen wie Polizeigewalt und Rassismus in unser Aktionsprogramm integrieren.

Als Kommunist_Innen treten wir innerhalb dessen für eine sozialistische Perspektive ein. Das heißt, dass wir die Produktion unter Arbeiter_Innenkontrolle organisieren müssen. Denn nur so entkoppeln wir die Produktion von Profitinteressen, die nicht nur sicheren Arbeitsbedingungen, sondern auch bedarfsorientierter Produktion und Innovation – denken wir an den Impfstoff – entgegenstehen. Ein dauerhafter Sieg sowohl über die pandemische, sowie auch die kapitalistische Krise kann nur die fundamentale Veränderung des Systems sein. Fest steht, dass im Sozialismus die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Krise nicht dort enden, wo die Kapitalinteressen anfangen. Auch der Profitdruck fällt weg. Es wäre demnach viel einfacher, systemirrelevante Betriebe zeitweise zu schließen, sowie die Produktion so umzustellen, dass notwendige Produkte vermehrt hergestellt werden.

Zwischen Entmündigung und Sparzwang: Jugendwohnen in Zeiten der Pandemie

Eine betroffene Genossin berichtet

Im Frühjahr 2017 wurde ich von dem für mich zuständigen Jugendamt in Obhut genommen. Seitdem lebte ich drei Jahre lang in einer Einrichtung der Jugendhilfe. Ich entschied mich damals selbst, in Obhut genommen zu werden, um meinem Elternhaus zu entkommen. Während ich in diesem Hilfesystem lebte, lernte ich dessen Stärken, aber vor allem auch dessen Schwächen kennen. Im Grunde soll es Jugendliche dabei unterstützen, in ihr selbständiges Leben zu starten. Dabei stehen aber leider weniger die Entwicklung und Bedürfnisse der Jugendlichen im Vordergrund, sondern eher die Kostenminimierung und die traditionelle Hoheit der Familie. In Zeiten der Corona- und Wirtschaftskrise verstärkt sich dieser Zustand zunehmend, wie ich am eigenen Leib spüren musste.

Bereits bevor ich in die Jugendhilfe aufgenommen worden bin, merkte ich, welchen Stellenwert ich für das Jugendamt hatte. Erst nachdem zwei voneinander unabhängige Therapeutinnen und zwei voneinander unabhängige Sozialarbeiterinnen sich mit der Bitte, mich dabei zu

unterstützen, mein Elternhaus zu verlassen, an das Jugendamt wandten und meine Eltern jegliche Zusammenarbeit verweigerten, wurde ich in Obhut genommen. Aber selbst dann war alles noch abhängig von der Unterschrift meiner Eltern. Diese mussten der Hilfe für mich zustimmen und auch einen Teil, gemessen an ihrem Einkommen, davon bezahlen. Im Endeffekt mussten sie von einem Familiengericht zur Unterschrift gezwungen werden. Da zeigt sich bereits, dass der_die Jugendliche kaum als mündiges Individuum betrachtet wird, sondern eher als Besitztum der Eltern. Auch, dass die Familie als Institution in konservative Weise immer noch als „Keimzelle der Gesellschaft“ betrachtet wird, behindert die Unterstützung der Jugendlichen, welche zuhause Gewalt erfahren. Dadurch bekommen die Eltern über einen langen Zeitraum hinweg immer wieder die Chance, meist bei angemeldeten Hausbesuchen, den Schein zu wahren, dass doch alles in Ordnung sei. Egal von welchen schlimmen Taten der_die Jugendliche berichtet. Im schlimmsten Fall wird nach harmlosen angemeldeten Hausbesuchen dann die Intervention des Jugendamtes in der Familie beendet, der Fall zu den Akten gelegt und die Gewalttaten können wieder ungestört von statten gehen. Eigentlich alle Jugendlichen, welche ich während meiner Zeit in der Jugendhilfe kennengelernt habe, haben nicht nur eine, sondern mehrere Gewalttaten über einen langen Zeitraum hinweg erlebt, auch trotz mehrfacher Interventionen des Jugendamtes in diesen Familien.

Die Dunkelziffer an Familien,
in denen Jugendliche physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind, ist
unglaublich hoch. Hinter der bürgerlichen Fassade der
Friede-Freude-Eierkuchen-Familie tut sich für manche von uns die Hölle auf.
Nur
ein kleiner Teil der Betroffenen schafft es daraus zu entkommen. Wenn man
dann
das Glück hat, in die Jugendhilfe aufgenommen zu werden, ist man zwar vor
dem
Elternhaus weitestgehend geschützt, wird aber stattdessen mit anderen
Schwierigkeiten konfrontiert. Die Einrichtungen der Jugendhilfen
unterscheiden
sich sowohl stark vom Konzept als auch vom konkreten Zustand. Sie werden
nicht
direkt vom Jugendamt kontrolliert oder unterhalten. Dies wird von
sogenannten freien
Trägern übernommen. Diese sind meistens non-profit Organisationen. Diese
bekommen
pro Kind oder Jugendliche_r einen Betrag, um dessen Betreuung zu
finanzieren.
Davon werden dem_der Jugendlichen auch gewisse Beträge, anhängig vom
Alter und
Jugendamt und Träger, als Taschengeld, Hygiene-, Guthaben-, Fahrkarten-
und
Bekleidungsgeld ausgezahlt. Hört sich erstmal gut an. Allerdings sind diese
Beträge weniger als ausreichend. Von meinem Fahrkartengeld konnte ich
höchstens
einmal in der Woche in die Stadt fahren. Für weitere Fahrten ging dann mein
Taschengeld drauf, welches auch der einzige Betrag ist, über den ich, ohne
eine
Abrechnung zu schreiben, verfügen durfte. Alkohol durfte ich davon trotz
Volljährigkeit dennoch nicht kaufen. Über das wenige Geld, was man
bekommt,
kann man also nicht einmal frei verfügen. Aber nicht nur bei diesen Geldern
wird

gespart, was das Zeug hält: auch die Ausstattung der meisten Einrichtungen ist

sehr heruntergekommen. Bei den wenigsten kann man da von einem Zuhause sprechen. Jegliche Ausgaben der Wohngruppe, ob Ausstattung oder Ausflüge, müssen bei dem Träger begründet und genehmigt werden.

Dieser hat auch bei allem anderen die Entscheidungsgewalt.

Er bestimmt, wer einziehen darf, welche Betreuer_Innen angestellt oder gekündigt werden und welches Konzept in der Wohngruppe angewendet wird. Daraus

resultierte dann einige Male, dass Betreuer_Innen eingestellt oder einfach nicht entlassen worden sind, nachdem alle Jugendliche sich gegen die Zusammenarbeit mit diesen ausgesprochen haben. Gründe dafür waren zum Beispiel,

dass der_die Betreuer_In handgreiflich geworden ist oder einfach ständig anfang, ungefragt über sexuelle Themen zu sprechen. Somit blieb uns Jugendlichen nichts anderes übrig als zu vermeiden, Zuhause zu sein, wenn der_die Betreuer_In Dienst hatte.

Sowie der Eintritt ist auch der Austritt aus der Jugendhilfe mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Viele Jugendliche, welche diese Hilfe in

Anspruch nehmen, haben keine Eltern, die sie finanziell nach der Jugendhilfe unterstützen könnten. Somit müssen sie mit spätestens 21 Jahren ein geregeltes

Einkommen und ein paar Rücklagen haben, um Dinge wie eine Mietkaution oder eine

Erstaussstattung zu finanzieren. Gelder für solche Dinge kann man zwar bei der

wirtschaftlichen Jugendhilfe beantragen, aber auch diese Beträge reichen nicht

aus. Selbst Geld anzusparen ist auch für Jugendliche mit einem Einkommen durch

eine Beschäftigung nicht möglich. Jugendliche, welche in der Jugendhilfe landen, tragen meistens so krasse Lebensgeschichten mit sich rum, dass ein

reibungsloser Bildungsweg oder dem Nachkommen einer geregelten Tätigkeit nicht

möglich sind. Selbst wenn man arbeiten geht, ist man verpflichtet, ab einem Freibetrag, welcher unter 200 Euro liegt und in das Taschengeld mit eingerechnet wird, 75% deines Einkommens an das Jugendamt zu zahlen. Diese

Pflicht wird damit begründet, dass die Kosten für die eigene Betreuung ja sehr

hoch seien und auch irgendwie finanziert werden müssen. Du musst am Ende also

dafür bezahlen, was deine Eltern angerichtet haben und musst dir so die Chance

auf ein kleines finanzielles Puffer trotz harter Arbeit nehmen lassen. Dies führte bei den Jugendlichen, welche ich kennengelernt habe, entweder dazu, dass

sie erst gar nicht arbeiten gegangen sind oder angefangen haben, Gelder zu hinterziehen. Jugendliche aus prekären Lagen werden durch die Hilfen also weiter prekariert.

Durch die momentane Corona- und Wirtschaftskrise hat sich die Situation der Jugendlichen weiter verschärft. Sie dürfen keine Kontakte außerhalb der Wohngruppe mehr haben und müssen so ihre gesamte Zeit in der

Wohngruppe mit Betreuer_Innen verbringen. Dies ist eine hohe psychische Belastung. Für viele sind ihre Wohngruppen kein Zuhause, sondern hauptsächlich

der Ort, an dem sie schlafen und essen. Ihre Freizeit verbringen sie hauptsächlich mit vertrauten Personen aus ihren Freundeskreisen, welche sie in

der schweren Zeit in der Jugendhilfe begleiten. Zudem gibt es in den meisten Wohngruppen kaum Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch unter den Einschränkungen,

die ihrer Betreuer_Innen erfahren, leiden die Jugendlichen. Diese dürfen selbst

keine sozialen Kontakte außerhalb der Wohngruppe pflegen und haben

aufgrund der

Corona Auflagen viel mehr zu tun bei gleichbleibendem Gehalt. Hinzu kommt noch

das ohnehin schon erhöhte Arbeitsaufkommen durch Ausfall von Kolleg_Innen aus

Risikogruppen. Durch diese hohe Arbeitsbelastung ist viel weniger Zeit, um sich

mit den Jugendlichen auseinanderzusetzen und der Stress steigert sich täglich.

Dies bekommen am Ende die Jugendlichen dadurch zu spüren, dass ihre Betreuer_Innen

so viel mit sich zu tun haben, dass sie nicht mehr in der Lage sind, die Jugendlichen angemessen zu betreuen. So kam es in den letzten Monaten meines

Aufenthaltes dort zu massiven Auseinandersetzungen und der Tatsache, dass ich

meinen Auszug allein planen musste.

Ich habe am eigenen Leib erfahren, dass die bestehenden

Betreuungskonzepte bei Weitem nicht ausreicht, um Jugendlichen die

Unterstützung zu bieten, welche sie brauchen und verdienen. Es müssen viel mehr

Mittel für die Zukunft dieser Menschen zur Verfügung gestellt werden, damit sie

die Chance haben, sich ein eigenständiges Leben unabhängig von ihren Eltern

aufzubauen und die Benachteiligung aufgrund ihrer Familiengeschichte überwinden

können. Statt dem Trägersystem braucht es gut finanzierte staatliche

Einrichtungen unter vollster demokratischer Kontrolle durch die betroffenen Jugendlichen, Pädagog_Innen und Organisationen der Arbeiter_Innenklasse.

Diese

Rätestrukturen müssen auch das repressive Jugendamt ersetzen, dessen Aufgabe es

ist, die Erziehungs- und Rechtsvorstellungen eines patriarchalen

kapitalistischen Nationalstaates Namens Deutschland durchzusetzen, ob für oder gegen den Willen der Kinder und Jugendlichen. Wir fordern stattdessen vollste Mitspracherechte für uns darüber, wo wir mit wem wie wohnen wollen. Außerdem müssen die Hierarchien durchbrochen werden. Jugendliche sind mündige Menschen, die selber am besten einschätzen können, ob sie mit ihrer Familie zusammenleben oder mit welcher_m Betreuer_In sie zusammenarbeiten können. Zudem müssen Familien antastbar sein, damit sie keinen Schutzraum für Gewalttaten darstellen. Jugendliche sind nicht der Besitz ihrer Eltern, sondern eigenständige Menschen!

- Frühere rechtliche Gleichstellung von Jugendlichen, angepasst an die Situation der jeweiligen Länder!
- Für das Recht auf gegenständliches Eigentum und die eigenständige Verfügung darüber für Jugendliche!
- Für den Ausbau von Schutzräumen für Kinder und Jugendliche! Niemand soll bei seiner Familie bleiben müssen, wer das nicht möchte!
- Für selbstverwaltete Freiräume für Jugendliche, den massiven Ausbau von unabhängigen Jugendzentren und kostenloser Zugang zu einem ausgebauten Freizeit- und Kulturangebot für Jugendliche bezahlt durch die Besteuerung der Reichen!
- Für ein bedingungsloses Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres Leben ermöglicht.

Bezahlt durch die höhere Besteuerung der Reichen!

- Massives staatliches

Investitionsprogramm in Jugendbetreuung, Soziale Arbeit und Bildung! Bezahlt

durch die Besteuerung des Kapitals und kontrolliert durch die Arbeiter_Innenbewegung!

Linke Politik in der Pandemie?!

Teil 3: SPD und Linkspartei

In den ersten beiden Teilen

dieser Artikelreihe haben wir uns zunächst mit den Gewerkschaften und dann mit

der radikalen Linke auseinandergesetzt.

Zuletzt, wollen wir uns anschauen, was die beiden größten bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien im Parlament während der Corona-Zeit so getrieben haben.

Mit „bürgerlichen

Arbeiter_Innenparteien“ meinen wir Parteien wie die SPD oder die Linke, weil

sie im Parlament bürgerliche Politik, das heißt Politik im Interesse der herrschenden Kapitalist_Innenklasse machen, aber gleichzeitig aufgrund ihrer

Tradition und sozialen Zusammensetzung eine starke Verbindung zur Arbeiter_Innenklasse haben.

Das erste „Rettungspaket“

Um deren Politik einschätzen zu können sollten wir zunächst auf die Anfänge des

Covid-19-Virus blicken, auch wenn der Ausbruch in Deutschland schon etwa 3 Monate her ist. Das erste Paket an Maßnahmen wurde damals von einer großen Mehrheit im Bundestag verabschiedet. Es beinhaltete neben mehreren Billionen Euro, die die Unternehmen quasi geschenkt bekamen, auch das sogenannte „Kurzarbeitergeld“, welches eine weitere Millionensubvention für Unternehmen bedeutete, da die Lebensunterhaltskosten ihrer Angestellten nun aus Steuergeldern und nicht aus der Konzernkasse finanziert werden. Für alle anderen, die leider keine Produktionsmittel besitzen, heißt es nun den Gürtel enger zu schnallen. Wer hier gerettet wird und wer dafür zahlen soll ist eine eindeutige Klassenfrage: Die Armen zahlen, damit die Reichen gerettet werden. Die Corona-Pandemie hat dabei die ohnehin massive soziale Ungleichheit zusätzlich verstärkt. Zu dieser massiven Umverteilung von Steuergeldern zugunsten der Reichen gab es wenig Widerspruch von der SPD, aber auch von der Linken. Katja Kipping (Parteivorsitzende der Partei die Linke) feierte das „Hilfs-Paket“ sogar als „sozialen Fortschritt“.

Die bürgerlichen Arbeiter_Innenparteien haben sich also, wie die Gewerkschaften, zu einer Burgfriedenspolitik (das heißt: Zurückstellen von Kritik im Sinne der nationalen Einheit zur Bewältigung der Krise) entschieden. Während die SPD als Teil der Großen Koalition auch heute noch die arbeiter_Innenfeindliche Politik der Bundesregierung zu verantworten hat, probiert die Linke seit ein paar Wochen wieder mehr einen auf Opposition zu machen.

Die Linke zurück in der Opposition?

Die Linke veröffentlichte am

28. März ein umfassendes Papier unter dem Titel „Solidarisch aus der Krise – Menschen vor Profite!“. Dieses Papier mit dem netten Titel besteht aus Beschlüssen

der Partei und legt damit die Grundlage der Politik der Linken während der Corona-Pandemie fest. Es liest sich eigentlich gar nicht schlecht: „Für ein krisenfestes Gesundheitssystem“, „Die Kosten der Krise gerecht verteilen“, „Solidarität über Grenzen hinweg – Leben weltweit schützen“ sind einige der Überschriften aus dem Papier.

Also alles

supi-dupi-solidarisch? Na dann brauchen wir ja alle nur die Linke wählen und alles wird gut? Nein! Das Problem sind aber nicht die teilweise richtigen sozialdemokratischen

Forderungen, sondern das, was nicht drinsteht. Es fehlt zum Beispiel eine Begründung, warum denn unser Gesundheitssystem nicht krisenfest ist, warum die

Kosten der Krise nicht gerecht verteilt werden und warum die Solidarität im Nationalismus verpufft. Es fehlt eine Antwort auf die Frage, wo die strukturellen Ursachen der sozialen Verwerfungen der Corona-Krise liegen und

wie eine Gesellschaft aussehen kann, deren Zweck es ist, die Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen anstelle möglichst viel Profit anzuhäufen. Ebenso fehlt es

an einer Antwort auf die Frage, was mit den Zehntausenden Geflüchteten passieren soll, die in überfüllten Lagern an den Außengrenzen der Festung Europa leben müssen. Statt internationale Solidarität auszuüben, indem sie sich

z.B. für offene Grenzen aussprechen würde, will Die Linke vor allem den Wirtschaftsstandort Deutschland retten.

Und was hat Die Linke eigentlich

aktiv versucht, um diese Forderungen umzusetzen? Bis auf ein paar kritische Redebeiträge in Bundestag und Landesparlamenten war dahingehend still um die

Partei. Keine Spur von Protestaufrufen. Keine Spur von Aufrufen an die Gewerkschaftsführungen gegen die geplanten Massenentlassungen und Umverteilungsmaßnahmen zu Gunsten der Reichen zu streiken.

Die Linke erkennt in ihrem

Beschlusspapier zwar richtig: „Die Krise trifft die am härtesten, die am wenigsten haben“. Sie stellt dort auch Forderungen auf, was dagegen getan werden sollte: Zum Beispiel die Anhebung des Kurzarbeiter_Innengeldes, höhere

Besteuerung von Reichen oder Schluss mit Schuldenbremse. Bei den Arbeiter_innen

scheint sie damit aber nicht so richtig anzukommen: Während bei den aktuellen

Sonntagsumfragen zur Bundestagswahl die Werte der CDU während der Corona-Krise

von 27% (07.02.2020) auf 39% (29.05.2020) stiegen, sank der Wert der Linken

leicht von 10 auf 8 Prozent (von Forschungsgruppe Wahlen). Gleichzeitig dominieren rechte Kräfte die „Hygiene-Bewegungen“ auf der Straße. Das Erstarken

von dubiosen Bewegungen, die durch Verschwörungstheorien bis hin zu offen

faschistischen Ideen einen Ausweg aus der Krise propagieren, lässt sich auch durch die Abwesenheit einer linken Alternative besser verstehen.

Wenn wir den Rechten die Rolle

der Opposition jedoch nicht überlassen wollen, brauchen wir jetzt eine klassenkämpferische Antikrisenbewegung, die die Probleme der Menschen wahrnimmt, eine linke Kritik am Corona-Management der Bundesregierung formuliert und internationale Solidarität lautstark auf die Straßen trägt. An SPD, Linke und Gewerkschaften kommen wir mit diesem Vorhaben jedoch nicht

vorbei, denn ein Großteil der organisierten Arbeiter_Innenklasse zählt zu ihren

Mitgliedern. Doch um aktiven Widerstand zu leisten, brauchen sie scheinbar

einen kräftigen Arschtritt!

Auch wir von REVOLUTION treten für Reformen ein, die direkt die Lebensbedingungen von uns allen verbessern und die auch schon im Kapitalismus umgesetzt werden können. Zum Beispiel die Forderung nach Weiterzahlung des vollen Gehalts während der Corona-Krise. Allerdings machen wir uns auch Gedanken darüber, was passieren muss, wenn die Chefetagen der Unternehmen nicht dazu bereit sind. Deshalb fordern wir in einem zweiten Schritt die Offenlegung der Geschäftsbücher sowie die Verstaatlichung der Unternehmen und die demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten. Letztendlich werden wir die großen Krisen, denen wir gegenüber stehen (ob Corona-Pandemie, Klimakrise, Wirtschaftskrise oder Festung Europa), jedoch nur solidarisch bewältigen können, wenn wir der kapitalistische Profitlogik die Perspektive des Aufbaus einer kommunistischen Gesellschaft entgegenstellen. Dazu braucht es ein revolutionäres Programm, das einen Weg dahin aufzeigt. Eine Anti-Krisenbewegung muss auf der einen Seite geeint kämpfen und auf der anderen Seite über das richtige Programm streiten.

Wenn's der Wirtschaft gut geht,
geht's allen gut?

Seit Jahrzehnten erzählen uns Finanzminister_Innen, dass Deutschland seine Staatsschulden abbauen müsse. Etliche Sozialkürzungsmaßnahmen, Bildungsabbau und Sparprogramme wurden mit dem Argument gerechtfertigt, die Neuverschuldung möglichst gering halten zu müssen.

Die Corona-Krise veranlasste die Bundesregierung nun zu einer 180 Grad-Wende:

Plötzlich ist massig Geld da und die Milliardenkredite sprudeln aus der Staatskasse. Allerdings fließen diese nicht in öffentliche Dienstleistungen oder Sozialhilfe sondern in die Privatwirtschaft. Geld scheint also eigentlich da zu sein, wenn es einen politischen Willen dafür gibt. Mit dem neuen Konjunkturpaket sollen nun weitere 130 Milliarden Euro investiert werden, um

die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen. Dabei wurden zuvor bereits mehrere

Milliarden Euro zu diesem Zweck an Unternehmen verschenkt. Trotzdem prognostizieren Wirtschaftsforschungsinstitute immer noch einen Abfall des BIPs, wie ihn Deutschland seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr gesehen hat. Entweder denkt die Bundesregierung also, dass es 130 weitere Milliarden jetzt rausreißen oder sie sieht angesichts ihrer pro-kapitalistischen Haltung keine andere Möglichkeit als noch mehr Geld in die

Unternehmenskassen zu pumpen.

Dabei konnte die SPD sich

immerhin durchsetzen, dass die von der Autoindustrie und von großen Teilen der

CDU geforderte Autoprämie für Verbrenner nicht Teil des Pakets geworden ist. Es

sollen aber die Kaufprämien für E-Autos erhöht werden. Als „ökologische Wende

nach der Krise“ lässt sich dies aber nun auch nicht gerade betiteln sondern eher als Geschenk an die deutsche Automobilindustrie. Weitere Kernpunkte des

Pakets sind Maßnahmen, mit denen die Bundesbürger_innen wieder in die Shoppingmalls gelockt werden sollen: einmaliger Kinderbonus von 300€ pro Kind,

zusätzliche Unterstützung von Unternehmen und die Senkung der Mehrwertsteuer

vom 1. Juli bis 31. Dezember von 19 auf 16 Prozent. Während die SPD den

ganzen

Mist zu verantworten hat, kritisiert Die Linke immerhin richtiger Weise, dass damit wenig den geholfen wird, die am meisten auf staatliche Hilfe angewiesen

sind: Geringverdiener_innen und Arbeitslose. Außerdem meint Sie, dass das Paket

nicht nachhaltig genug sei. Vom Sozialismus aus ihrem neuen Beschlusspapier ist

hier jedoch schon wieder keine Rede mehr. Die Linke wünscht sich vielmehr einen

„zahmeren Kapitalismus“. Ein bisschen soziales und ökologisches Parfum auf die

Verwertungslogik und dann wird die nationale Wirtschaft schon wieder laufen.

Von der demokratischen Kontrolle der Produktion durch die Beschäftigten und

internationaler Solidarität ist hier jedoch nichts zu hören.

Uns als Kommunist_innen geht es

nicht darum, wie ein solches Konjunkturpaket hätte sozialer & ökologischer aussehen können. Es geht uns um die Frage, ob die strukturell im Kapitalismus

bedingten Wirtschaftskrisen, die alle paar Jahre wieder ausbrechen, damit gelöst werden, dass man die Bevölkerung zum Einkaufen motiviert. Wie Olaf Scholz ganz ehrlich zugegeben hat, geht es in erster Linie darum, das Wachstum

wieder anzukurbeln. Dabei sollen für Olaf jedoch nicht das Gesundheitssystem

oder der soziale Wohnungsbau wachsen, sondern die Profite der Kapitalist_innen.

Darum geht es dem Konjunkturpaket. Um die Billionenhilfen für die Wirtschaft

finanzieren zu können, wird eine gigantisch hohe Staatsverschuldung in Kauf genommen. Zahlen sollen am Ende die Lohnabhängigen in Form von Massenentlassungen und Sozialkürzungen.

Was sollten SPD und Linke tun?

Die SPD muss sich überhaupt erst einmal wieder auf das Ziel zurückbesinnen, mit dem ursprünglich vor über 150

Jahren gegründet wurde: die Interessen der Arbeiter_innen und Unterdrückten zu

vertreten. Sie sollte sich also gegen jede Abwälzung der Krisenkosten auf die Arbeiter_Innenklasse stellen. Wenn sie das tut, muss sie allerdings raus aus der Groko!

Die Linke sollte nicht nur im Parteiprogramm über Antikapitalismus und Sozialismus reden, sondern auch im aktuellen politischen Geschehen die Zusammenhänge

von Krisen und Kapitalismus mit einer internationalistischen und sozialistischen Perspektive verbinden.

Zusammen sollten SPD und Linke

nicht nur Reden im Bundestag schwingen sondern aktiv mit den Gewerkschaften

eine Anti-Krisenbewegung auf die Straße bringen, die für eine sozialistische Perspektive kämpft und sich dem wachsenden Rassismus und rechten Verschwörungstheorien entgegenstellt. Eine Anti-Krisenbewegung muss eine unabhängige Stimme der Lohnabhängigen, Migrant_Innen und Jugendlichen darstellen

und ein eigenes Programm für diese demokratisch entwickeln. Dabei muss sie den

Anschluss an bestehende internationale Massenproteste wie die aktuelle Black-Lives-Matter-Bewegung suchen und Themen wie Polizeigewalt und Rassismus

in ihr Aktionsprogramm integrieren.

Wir haben allerdings auch keine Illusionen in die Führung der beiden Parteien,

sondern sehen dies eher als Aufforderung an die Basis mit der Führung zu brechen und selbst auf die Straße zu gehen. Dort müssen wir uns organisieren

und selbst demokratische Strukturen aufbauen, in denen wir frei darüber diskutieren können wie wir in Zukunft leben wollen und mit welchem Programm wir da hinkommen.

Krisenstimmung auch in der EU

Flo Schwerdtfeger

„Whatever the weather, we must move together!“ titelte ein Propagandaplakat für den Marshall-Plan in den 50ern. Darauf zu sehen war eine Windmühle, deren Blätter die einzelnen Länder Europas waren. Symbolisiert werden sollte Einigkeit und ein gemeinsames Handeln als europäischer Kontinent. Wenn es sie überhaupt einmal gab, so sind diese Zeiten der Einigkeit aber lange wieder vorbei. Nicht erst seitdem sich Großbritannien aus der EU verabschiedet hat. Die Uneinigkeit findet sich wieder in der Frage, welcher Staat wieviele oder überhaupt Flüchtende über die Grenze lassen müsse. Sie findet sich in der Umweltpolitik wieder, wo an der einen Stelle Kernkraft aufgegeben, an der anderen aber erst aufgebaut wird. Sie findet sich aber auch da wieder, wo die Staaten Mittel- und Westeuropas, wie Deutschland, Frankreich und das UK, nach der Wirtschaftskrise 2008/09 die Mittelmeerstaaten ausbluten ließen, um ihre Schulden zu tilgen. Besonders jetzt durch die Pandemie werden die Effekte weiter verstärkt und spitzen sich zu. In diesem Artikel wollen wir ein wenig versuchen, die Fronten innerhalb der EU nachzuzeichnen.

Dieses mal mit den Rechten

Seit Jahren lässt sich der stetige Aufstieg der Rechtspopulist_Innen beobachten, in einigen Ländern wie Ungarn oder Italien sind sie sogar an der Regierung. Als Folge des Versagens der Linken eine Antwort auf die sozialen Angriffe nach der Krise 2007/08 zu bieten, erstarkten in vielen Ländern wieder konservative und nationalistische Ideen und Parteien. Seit der Fluchtbewegung 2015 wurde die Festung Europa wieder stärker ausgebaut und der Kontinent abgeschottet gegenüber Menschen, die vor Krieg und Ausbeutung flüchten. Die Menschen, die es dann doch nach Europa schaffen, werden zwischen den Ländern hin- und hergeschoben, weil niemand sie wirklich aufnehmen will. Und obwohl sich die Rechtspopulist_Innen meist als Europäer_Innen darstellen und behaupten, den Kontinent gegenüber „Invasoren“ zu verteidigen, sind sie es auch, die die EU am liebsten abschaffen würden und ihre eigenen Nationalstaaten wieder aufleben lassen wollen. Dabei ist nicht nur das UK mit dem Brexit das Paradebeispiel, auch in Italien mehren sich die Stimmen, die einen Austritt aus der EU fordern. Selbst in Ländern, in denen sich noch „liberale“ oder immerhin „proeuropäische“ Regierungen halten konnten, sitzt diesen heute eine stärkere Rechte im Nacken als dies noch zur letzten Krise der Fall war.

Und in der Pandemie verschärft sich die Situation nur noch weiter: In Deutschland stellt sich die AfD verstärkt als Verteidigerin der Freiheit und Grundrechte dar, indem sie gegen die Einschränkungen, die durch die Pandemie entstehen, demonstrieren. In Ungarn erhöht sich Viktor Orban immer mehr zum Alleinherrscher, indem er per Notstandsgesetze am Parlament vorbeiregiert, und in Großbritannien wurde zum Glück noch vom Ansatz der Herdenimmunität wieder abgerückt.

Wenn es nicht einmal geschafft wird, den am schwersten betroffenen Nachbarstaaten mit medizinischen Materialien und Personal auszuhelfen, offenbart sich auch wie schlecht es mit den humanistischen Idealen der EU in der Praxis aussieht

Zwischen den Fronten

Der EU macht aber auch die globale Konkurrenz zu schaffen. Sie wird ja

meist als weiterer Machtblock in der Welt gehandelt, besonders wenn es darum geht, eine gemeinsame Armee aufzustellen, um sich gegenüber Russland, China oder den USA zu behaupten.

Aber nicht nur militärisch stellen diese Staaten eine Bedrohung dar, sondern auch wirtschaftlich. Erkennbar wird das durch die starken Verflechtungen, durch Handels- oder Produktionsstrukturen. China hat z.B. ein doppelt so hohes Exportvolumen in die EU wie umgekehrt.

Dazu kommt der direkte Einfluss Chinas auf europäische Unternehmen und Länder. So hält zum Beispiel das chinesische Unternehmen Cosco mehr als 50% der Anteile an dem Hafen Piräus', einer der größten griechischen Häfen. Auch in Italien war China da – und nicht etwa die EU – wenn es um medizinische Unterstützung ging während der Corona-Hochphase.

Es ist abzuwarten, wie genau sich die globale Konkurrenz fortführen wird. Solange der amerikanische Kontinent das Epizentrum der Pandemie bleibt und die USA nur zu Verzweiflungshandlungen fähig ist, wird demgegenüber der Einfluss Chinas umso wichtiger. In China wurde die Produktion viel schneller als anderswo wieder hochgefahren und genau dann, als die Produktionen der EU und der USA aussetzten, konnte China seine Macht ausbauen, indem sie die entstehenden Versorgungslücken decken und so viel mehr Export erbringen konnten.

Angriffe auf die Sozialsysteme

An anderer Stelle offenbart sich die Spaltung Europas als Folge der Weltwirtschaftskrise 2008/09 und der Schuldenkrise 2010/11. Bis heute ist vor allem der Mittelmeerraum durch die Sparmaßnahmen geprägt, die vor allem von Deutschland auferlegt worden sind. Besonders hart hat es dabei Griechenland getroffen, aber auch Spanien und Italien durchleben ähnliches. Gestützt durch Deutschland und Frankreich wurden damals Kredite an die verschuldeten Staaten ausgegeben. Der Haken daran ist nicht nur, dass diese Kredite samt Zinsen wieder zurückgezahlt werden müssen. Vor allem sind sie auch an Maßnahmen des sozialen Kahlschlags in den jeweiligen Ländern gebunden worden, überwacht – und exekutiert – durch eine von der EU vorort installierte Troika. Die Sparmaßnahmen trafen Renten- und andere soziale Leistungen, hatten einen großen Stellenabbau zur Folge, schlugen

sich aber eben auch in Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und Privatisierungen nieder.

Wohin diese Kürzungen führten, sah und sieht man heute besonders in Italien. Ein Grund für die hohe Sterberate während der Pandemie ist, dass so wenig Personal und Ausrüstung auf den Intensivstationen vorhanden waren, da dem Gesundheitssystem fast 37 Milliarden Euro an Investitionen fehlen.

Obwohl die großen Imperialisten wie Deutschland und Frankreich viel davon profitiert haben, die südeuropäischen Länder kleinzuhalten und sich an ihnen zu bereichern, sind sie auch davon abhängig, dass in ihnen eine gewisse Stabilität herrscht, wenn es um Absatzmärkte, Produktionsketten oder Investitionsströme geht.

Was sollen die Krisenmaßnahmen sein?

Irgendetwas muss die also EU tun, um die Krisenfolgen abzufedern, auch in den Ländern, die besonders stark betroffen sind, darin sind sich eigentlich alle einig.

Die Streitfrage ist allerdings wie genau diese Maßnahmen aussehen sollen.

Insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich tun sich dabei Widersprüche auf. Einerseits ist Frankreich (im Gegensatz zu Deutschland) ziemlich stark von der Corona-Krise betroffen und daher selbst schon an guten Konditionen für Hilfsmaßnahmen interessiert. Zusätzlich würde auch eine weitere Schwächung der anderen Länder wie Italien die Vormachtstellung von Deutschland weiter verstärken, was ebenso nicht im Sinne Frankreichs ist. Frankreich steht in diesem Konflikt also eher auf der Seite der hochverschuldeten Staaten, während Deutschland an dem alten Modell mit Zurückzahlung unter Zinsen

festhalten will.

Der erste Vorschlag waren sogenannte Corona-Bonds in der Höhe von 1,5 Billionen Euro. Diese sollten sich im ersten Entwurf an die Euro-Bonds anlehnen, die nach der Schuldenkrise ausgegeben wurden. Dabei wird von der EU ein Kredit an Länder ausgegeben, die Unterstützung benötigen. Das Problem an der Sache ist, dass diese Bonds mit Zinsen wieder zurückgezahlt werden müssen, wodurch den betroffenen Staaten nicht wirklich geholfen ist, da sie so über Jahrzehnte an diese Rückzahlung gebunden sind. Im zweiten und aktuelleren Entwurf ist nur noch von 500 Milliarden Euro die Rede, dafür aber als Auszahlung, die ohne Zinsen zurückgezahlt werden soll. Besonders die stark betroffenen Länder wie Frankreich, Spanien und Italien sollen davon profitieren. Probleme könnte es dafür besonders von den EU Staaten im Norden und Osten geben, da diese wahrscheinlich mehr Geld geben werden als sie bekommen. Dadurch könnten weitere Spannungen, besonders in den sowieso schon EU-skeptischen Ländern wie Polen und Ungarn entstehen.

Innerer Widerspruch und dessen Lösung

Es ist ein Widerspruch an sich, dass sich imperialistische Staaten und damit auch die Kapitalist_Innen der Länder zu einer Einheit zusammenschließen. Eigentlich versuchen Sie sich nämlich gegenseitig zu verdrängen und Halbkolonien zu ihren Absatzmärkten zu machen.

Die EU kann daher nur als Gegenprojekt zu den anderen Imperialisten wie China, USA, Russland existieren. Dieser Burgfrieden ist aber bröckelig, denn besonders die westeuropäischen Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien streben nach der Führung.

Oberflächlich betrachtet ist die EU ein Beispiel dafür, dass Schritte weg vom Nationalstaat möglich sind. Es wäre eine Schande, die Errungenschaften der internationalen Verflechtungen auf industrieller und kultureller Ebene wieder aufzulösen, nur um in chauvinistische Nationalstaaten zurückzukehren, die sich alle untereinander verfeindet sind. Nur sind halt viele der Träume der EU nicht mehr zu finden. Die Humanität stirbt an den Außengrenzen. Im Innern wird die bestehende Ungleichheit durch Bürokratie und Sparmaßnahmen noch verschärft und letztendlich bleibt sie nur ein Zusammenschluss, zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Kapitale.

Wirkliche Vereinigung kann Europa nur erfahren ohne die auseinandertreibende Wirkung der kapitalistischen Konkurrenz. Die bestehenden Verbindungen müssen von der europäischen Arbeiter_Innenklasse genutzt werden, um sich international zu organisieren und der EU nach vorne zu entkommen: In die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Was bedeutet die Corona-Krise für Menschen mit

Behinderung*?

Die Corona-Pandemie hat Einfluss auf alle Bereiche unseres Lebens. Oft werden dabei aber Menschen mit Behinderung*, welche schon in „normalen Zeiten“ Opfer von Diskriminierung, Entmündigung und Ausbeutung werden, völlig außen vorgelassen. Um auf die unsichtbar gemachte Lebenssituation dieser Menschen hinzuweisen, haben wir einen Genossen unserer Organisation interviewt, der momentan in einem Wohnheim lebt und in der Altenpflege arbeitet.

Zunächst wollen wir aber noch darauf hinweisen, dass wir den Begriff „Behinderung“ nicht als medizinische Kategorie verstehen, wie es die in kapitalistischen Gesellschaften geläufige Begriffsverwendung ist. Wenn ihr wissen wollt, was es mit dem Sternchen * auf sich hat, schaut doch mal in diesen Artikel: <https://onesolutionrevolution.de/es-sind-nicht-wir-die-die-behindert-sind-sondern-der-kapitalismus-der-uns-behindert/>.

In vielen Wohnheimen für Menschen mit Behinderung* gibt es seit Beginn der Pandemie Ausgangs- und Kontaktverbote.

Da unser Genosse innerhalb des Komplexes eine eigene Wohnung hat, darf er zwar das Gelände verlassen, jedoch keinen Besuch empfangen, auch nicht von der engen

Familie oder einer Person. Er lebt dort mit anderen betreuten Wohngruppen zusammen, welchen es untersagt ist, das Gelände zu verlassen, weder zum Spazieren, zum Einkaufen oder mit Betreuung. Dies sorgt dafür, dass die Menschen völlig aus der Normalität gerissen werden und keinerlei Autonomieität

mehr haben. Sie haben nicht die Möglichkeit, Dinge außerhalb des

Grundbedarfs

zu erhalten, können kaum Kontakt zu nahstehenden Personen halten oder Hobbys

bzw. ihren Berufen nachgehen. Damit einhergehend sind sie also dauerhaft den

Betreuer_Innen und dem beengten Raum der Wohngruppe ausgesetzt und Aussicht auf

Lockerung besteht dabei bislang nicht.

Wie bereits erwähnt arbeitet

unser Genosse in der Altenpflege und ist auch dort großem Stress ausgesetzt.

Gerade in Altersheimen ist die Pandemie eine große Gefahr und dies führt natürlich im Zusammenspiel mit den massiven personellen Notständen und den

Maßnahmen gegen die Verbreitung der Pandemie zu einer zusätzlichen Belastung,

welche aber mehr als ungerecht entlohnt wird. Wir sind uns alle bewusst, dass

der Carearbeitssektor mehr als unterbezahlt ist. Menschen mit Behinderung* sind

davon allerdings sogar noch viel stärker Betroffen. Sie leisten ähnliche

Arbeit, wie die anderen Kräfte und haben die gleichen miserablen

Arbeitsbedingungen, sowie unregelmäßige Pausen und die gleiche 36-Stunden-Woche

und erhalten dafür nur ca. 300 Euro monatlich. Ebenso werden sie massiv ausgebeutet und eine bevorstehende Ausbildung immer weiter herausgezögert oder

mit fadenscheinigen Ausreden abgelehnt. Vielen wird aufgrund ihrer Behinderung*

der Anspruch auf einen Mindestlohn verwehrt. Ähnliche wie Geflüchtete oder Jugendliche scheinen sie in den Augen des Staates nicht als „vollwertige Menschen“ zu zählen, denen ein Anspruch auf ein überlebensnotwendiges Minimum

an Gehalt zukommen würde.

Erschwerend kommt noch die Diskriminierung von Kolleg_Innen und Arbeitgeber_Innen hinzu. Unser Genosse berichtete, dass er an seiner alten Arbeitsstelle nicht ernst genommen wurde, seine Arbeit nicht wertgeschätzt oder heruntergespielt wurde, sich des Öfteren über ihn lustig gemacht und die „Drecksarbeit“ an ihm hängen blieb, weil ihm nicht zugetraut wurde, mehr zu schaffen.

Damit schlagen Arbeitgeber_Innen aus der diskriminierenden Behandlung von Menschen mit Behinderung* gleich doppelt Profit. Zum einen werden Menschen mit Behinderung* zu Hungerlöhnen zum Arbeiten verpflichtet und können damit noch billiger ausgebeutet werden als Menschen ohne Behinderung*. Zum anderen kommen Arbeitgeber_Innen der Verpflichtung nach, Menschen mit Behinderung* anzustellen und entgehen so evtl. Strafzahlungen und können teilweise sogar Fördergelder dafür einstreichen. Denn ab einer Betriebsgröße von mind. 20 Angestellten sind Arbeitgeber_Innen verpflichtet ca. 5 % Menschen mit sogenannter „schwerer Behinderung*“ einzustellen.

Unter all diesen Gesichtspunkten ist es nun wichtig, sich den Gesetzesentwurf für das geplante „Reha-und Intensivpflegestärkungsgesetz“ anzusehen, in welchem Jens Spahn aktuell versucht, die häusliche Krankenpflege massiv zu beschneiden. Diese ermöglicht es, pflegebedürftigen Menschen und vor allem Menschen mit Behinderung*, welche auf Dauerbeatmung angewiesen sind, ambulant und damit in ihrem gewählten Zuhause zu

leben. Mit Spahns Entwurf soll jedoch nun die stationäre Unterbringung in speziellen Einrichtungen für alle „Versicherten mit einem besonders hohen Bedarf an medizinischer Behandlungspflege“ zur Pflicht werden. Ausgenommen

davon sind nur Kinder, Jugendliche und Menschen für die das Leben in einer solchen Unterbringung unmöglich oder unzumutbar wäre. Darüber entscheiden

sollen willkürliche Sacharbeiter_Innen. Offensichtlich hierbei ist, dass das Ziel dieses Gesetzes nicht die Qualitätsversorgung ist, sondern dass es um eine Senkung der Kosten geht. Das Ganze ist jedoch nicht nur diskriminierend, es

entmündigt die Menschen auch massiv und nimmt jegliche Selbstbestimmung und

damit auch ein großes Stück Lebensqualität. Darüber hinaus verdrängt die Isolierung von Menschen mit Behinderung* aus der Öffentlichkeit in die Heime

diese völlig aus der gesellschaftlichen Wahrnehmung.

Das ist ein harter Schlag ins

Gesicht für die Behinderten*bewegung und alle, die gegen die Diskriminierung,

für gleiche Rechte für Menschen mit und ohne Behinderung** kämpfen. Dass solche

Vorschläge von der konservativen CDU vorgebracht werden ist dabei nicht verwunderlich. Wer konsequent die Ansicht vertritt, dass individuelle Leistung

die Stellung in der Gesellschaft maßgeblich bestimmt, gewährt Menschen mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit auch weniger Persönlichkeitsrechte, degradiert sie so ganz bewusst zu Menschen zweiter Klasse.

Der Sparzwang geht nicht nur in

der Pflege von Menschen mit Behinderung*, sondern im gesamten Sorge,- und

Gesundheitssektor um. Er ist Grund für die Unterfinanzierung der Einrichtungen,

die miserablen Betreuungsschlüssel in der Pflege und die oft hinfälligen hygienischen Zustände in Krankenhäusern, Heimen, oder auch betreuten Wohngemeinschaften.

Dagegen zu kämpfen hilft uns allen, ob Pflegebedürftig, Pflegend, oder Voll in der Pflege beschäftigt, von einem menschenwürdigen Gesundheits,- und Pflegesystem zu profitieren.

Deswegen ist es wichtig sich mit Menschen mit Behinderung* zu solidarisieren und dagegen zu protestieren und darum fordern wir:

- Die konsequente Ausfinanzierung der Pflege, sowohl in Einrichtungen als auch in der Heimpflege, für den massiven Aus,- und Neubau von Pflegekapazitäten!
- Mehr Raum für Menschen mit Behinderung*, damit es möglich ist, sich frei innerhalb von Einrichtungen zu bewegen und dass Platz ist, um infizierte Personen unabhängig von anderen Bewohnern in Quarantäne zu stellen!
- Benachteiligung aufheben, statt Menschen weiter zu Entmündigen, egal ob beruflich oder im sozialen Leben!
- Das Recht und die Möglichkeit frei zu wählen, ob man zu Hause lebt oder in einer Einrichtung, die man selbst wählt!
- Die Verstaatlichung von Wohnheimen und Pflegeeinrichtungen unter Kontrolle der Beschäftigten und Bewohner_Innen! Die Betroffenen selbst sollen entscheiden, wie ein gutes Leben

mit professioneller Pflegeunterstützung aussieht und nicht die kapitalistische Profitlogik!

- Gleiches Geld für gleiche Arbeit!